



# Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schillerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 10.

Berlin, den 9. Juni 1918.

13. Jahrgang.

## Eine deutsche Friedensoffensive?

### Verlegenheit.

Von Rudolf Breitscheid.

Der Parteausschuss der Regierungssozialisten hat wieder einmal eine Tat getan. Er hat eine Resolution angenommen, die den Parteivorstand zur Arbeit im Sinne einer früheren Resolution auffordert. Nun muß sich alles wenden. Auch in Zukunft soll der Parteivorstand mit aller Kraft auf Grundlage der Friedensresolution des Reichstags vom vergangenen Juli auf einen Frieden ohne Entschädigung und Annexionen hinwirken. Sie klingt wie ein schlechter Witz, — diese von dem Abgeordneten Gradnauer vorgeschlagene Entschließung. In einer Situation wie der gegenwärtigen und nach Erfahrungen wie denen, die wir in den letzten Monaten gemacht haben, weiß die Leitung einer großen sozialistischen Partei nichts besseres zu tun, als einen zerknüllten Wisch aus dem Papierkorb hervorzuholen und ihn notdürftig geglättet der Welt als die Richtschnur ihres zukünftigen Handelns zu präsentieren.

Als ob dieser Welt nichts davon bekannt wäre daß der Beschluß vom vergangenen Juli von der Mehrheit seiner Urheber längst aufgegeben worden ist, daß er von Anfang nichts anderes war als im besten Falle eine Form, der jeder nach eigenem Belieben einen Inhalt geben konnte. Auch Herr Erzberger, der neben den Sozialdemokraten noch die stärkste Neigung besaß, unter einer Verständigung eine wirkliche Verständigung zu verstehen, erklärte, wie man sich erinnern wird, den Frieden von Brest-Litowsk als die Ausführung des Programms, das der Reichstag für die Regierung und sich selbst aufgestellt hatte. Und indem die Scheidemannier selbst dem Friedensvertrag mit der Ukraine zustimmten und den mit der Sowjetrepublik wenigstens nicht verwarfen, ließen sie die Auslegung zu, daß auch sie zwischen Beschluß und Ausführung keinen unüberbrückbaren Gegensatz sähen.

Bei dieser Lage der Dinge ist es mehr als sonderbar, wenn Scheidemann die Schuld an dem Nichtzustandekommen des im vergangenen Sommer angebahnten Friedens den Anderen, d. h. den Sozialisten der Ententestaaten zuschiebt, denen er mit der ihm eigenen demagogischen Großzügigkeit nachsagt, sie ständen im wesentlichen hinter den Annexionsplänen ihrer Regierungen.

Wie soll eine solche Behauptung bewiesen werden?

Wer den Vertrag von Brest-Litowsk als den ersten Schritt auf dem Wege zu einem allgemeinen Frieden begrüßte und die Unabhängigen mit Scheltreden überhäufte, weil sie ihn ablehnten, hat nicht das Recht, die Arbeiterparteien in Frankreich, England, Italien usw. für die Verlängerung des Krieges verantwortlich zu machen.

Nun sollen die Bolschewiki an dem Frieden von Brest-Litowsk die Schuld tragen. Ohne auf die Geschichte und Vorgeschichte der um die Weihnachtszeit in Brest gepflogenen Verhandlungen einzugehen, kann doch soviel gesagt werden, daß die Wirkung der Resolution vom Juli 1917, wenn anders sie einen Sinn hatte und wenn hinter ihr ein Wille stand, durch die von Scheidemann vorausgesetzte verfehlte Politik der Bolschewiki nichts hätte berührt werden können, — es sei denn, man gibt zu, sie sei aus der Sorge und der Angst geboren, d. h. der Verständigungsfriede sei nur ins Auge gefaßt worden, solange man an eine militärische Ueberwindung des Gegners nicht glaubte. Dann aber ist es doppelt lächerlich, das so schnell vergilbte Papier noch einmal wieder hervorzuholen und es aufs neue zum Banner der

Sozialdemokratie zu machen. Die Juliresolution ist in jeder Beziehung heillos kompromittiert, und eine Aktion, die sich auf sie stützt oder von ihr ausgeht, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Im Grunde ist's ja auch eitel Verlegenheit, wenn die Scheidemannier auf das vergilbte Dokument zurückgreifen. Schandenhalber müssen sie so etwas wie ein Programm für die Friedensbewegung bieten, und da sie nichts wissen und nichts wagen, wärmen sie das alte Gericht auf.

Jetzt fehlt nur noch, daß sie den Gutgläubigen auch wieder wie einst verkünden, die Regierung verwerfe ebenfalls den Scheriffrieden, teils aus angeborener Enthaltensamkeit, teils weil sie korrekt dem Mehrheitswillen des Reichstags Rechnung trage. Oder fehlt doch der Mut zu einer so kühnen Behauptung, nachdem die Regierung beweiskräftige Proben von der Elastizität ihrer Grundfäße für die Beendigung des Krieges gegeben hat? Wir besitzen ja nicht nur eine Sozialdemokratie, die keinen eigenen Willen hat, sondern auch eine Reichsleitung, die sich von den Ereignissen treiben läßt. Niemand vermag zu sagen, welches ihre Politik ist und ob sie überhaupt eine Politik hat. Sie verweist auf die Notwendigkeit des Durchhaltens und des Siegens und besonders die Wochen einer Offensive sind ihr willkommen als Zeiten, in denen ihrer Ueberzeugung nach der brave Bürger die Unterhaltung der Geschütze nicht durch neugierige und lästige Fragen über den Grund und den mutmaßlichen Ausgang des Krieges unterbricht.

Aber selbst dieser „Gottesfriede“ wird neuerdings nicht mehr innegehalten, und gerade in diesen Tagen melden sich Skeptiker mit der Ansicht, es genüge nicht, immer wieder den Refrain vom Schwert und vom Sieg zu singen, man müsse auch etwas über den Sinn und den Zweck des blutigen Spiels erfahren. Und zwar stehen diese Kritiker nicht im Lager der sozialistischen und bürgerlichen Bazisisten, sondern sie sind von Hause aus eifrige Verfechter der Notwendigkeit des Krieges.

Herr Georg Bernhard, der imperialistische Freund des Fürsten Bülow, fragt, wo denn die Ideen der deutschen Politik seien, die für die Stunde des deutschen Sieges vorbereitet würden. „Wir haben sie bisher von keinem unserer Staatsmänner vernehmen können.“

Noch interessanter aber sind die Auslassungen der „Kreuzzeitung“, die zum zweiten Male innerhalb weniger Wochen verlangt, daß die militärische Offensive durch eine politische Offensive ergänzt werde. Deutschland solle endlich seine Kriegsziele bekannt geben, besonders die gegen England. Das Friedensbedürfnis sei international geworden und die Stunde sei günstig. „Es muß etwas geschehen und die Zeit drängt. Gerade jetzt ist die Zeit, denn die militärischen Erfolge werden die Wirkung verstärken. Wer nur das Schwert sprechen lassen will, sieht das Ausmaß dieses Krieges zu klein und hat kein Verständnis für seine politischen Forderungen.“

Ganz gewiß: die Kriegsziele der liberalen Imperialisten und der konservativen „Kreuzzeitung“ sind nicht die unseren. Heute noch nicht. Es ist einstweilen nicht der demokratische Friede, den sie anstreben, aber daß von ihnen in Tagen, die mit Meldungen von dem herrlichen Fortschritt unserer Waffen angefüllt sind, eine Politik gefordert wird, und daß sie, die doch bisher das sogenannte Friedensangebot vom Dezember 1916 als eine genügende Grundlage für Verhandlungen bezeichneten, jetzt die weitere Fortführung des

Siegesmarsches durch die Bekanntgabe der Kriegsziele in Frage stellen wollen, ist neu und bezeichnend.

Sollte es gewissen Leuten vor ihrer Gottähnlichkeit mählich bange werden? Sollte ihr Bedürfnis nach Frieden so stark geworden sein, daß sie aufhören, in bestimmt gefaßten Friedensangeboten eine Gefahr zu sehen und den Gedanken preisgeben, dem Feinde so lange zerschmetternde Schläge beizubringen, bis er um Gnade wimmert?

Jedenfalls ist es eine recht klägliche Auskunft, wenn in der mehrheitssozialistischen Presse angeht dieser Vorgänge der staatsmännische Rat erteilt wird, abzuwarten, „bis die derzeitigen Stimmungen bei uns wie bei unseren Gegnern etwas weiter ausgereift sind und man zu erkennen vermag, wie am erfolgreichsten ein neuer Friedensversuch unternommen werden kann.“

Die Sozialdemokratie hat keinen Moment durch Abwarten zu verlieren. Freilich, wenn ihre einzige Aktion in der Wiederausgrabung der Juliresolution besteht, dann soll sie sich lieber selbst an den Platz dieses toten Leichnams legen.

### Die Erziehung zum Sozialismus.

Von Theresie Schleginger-Wien.

Die geistige und organisatorische Zerrüttung der Sozialdemokratie aller Länder hat auch die sozialistische Jugendorganisation fast allenthalben zu einem Objekt des Meinungskampfes gemacht. So wie es in Deutschland zwei Richtungen gibt, die eine, die sich damit begnügen will, der bürgerlichen Jugendpflege durch sozialdemokratische Jugendpflege den Wind aus den Segeln zu nehmen, und die andere, die den jungen Arbeitern und Arbeiterinnen innerhalb ihrer Organisation volle Autonomie gewähren und sie zu Kämpfern für den Sozialismus erziehen will, so geht auch in anderen Ländern die Auffassung von dem Wesen und Wirkungsbereich der sozialdemokratischen Jugendorganisationen weit auseinander.

In Oesterreich ist die Jugendorganisation von Anfang an vollkommen autonom gewesen. Die Partei läßt ihr ziemlich reichlich finanzielle und organisatorische Hilfe angedeihen. In bezug auf ihr geistiges Leben aber hat sich die Partei bisher eher zu wenig als zu viel mit ihr befaßt. Die Unterrichtstätigkeit hat bei den Jugendlichen durch viele Jahre sehr im Argen gelegen. Die mit sonstiger Arbeit überbürdeten Funktionäre waren froh, wenn sie von den Jugendlichen in Ruhe gelassen wurden. Obwohl unter den jungen Genossen selbst viel Eifer und Begabung zu finden war, fehlte es doch ganz an systematischer Bildungsarbeit. Es wurden zwar Vorträge gehalten, Erörterungen veranstaltet, aber alles geschah ohne Zusammenhang und ohne Heranziehung der Jugendlichen zu selbständiger geistiger Mitarbeit. Gelegentlich ist die Jugendorganisation von der Partei zu irgendeiner Aktion aufgerufen worden, die dem Jugendschutz oder dem Ausbau des Fortbildungsschulunterrichtes galt, aber die Erziehung unserer jungen Genossen zu Kämpfern ist ebenförmig systematisch betrieben worden, als die Erziehung zu denkenden Sozialdemokraten.

Zu Beginn des Jahres 1913 nahm sich endlich die „Freie Vereinigung sozialistischer Studenten“ der Sache an und begründete im Einvernehmen mit der Zentralleitung des Verbandes jugendlicher Arbeiter die Institution der Bildungsbeiträge. Jeder Ortsgruppe wurde ein Genosse oder eine Genossin beigegeben, die sowohl mit dem Leben des Sozialismus als mit dem Leben der Partei wohlvertraut sein mußten.

Die neue Einrichtung bewährte sich vorzüglich. Allen Genossen, die als Bildungsbeiträge funktionierten, gelang es, sich das volle Vertrauen der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen zu erwerben. Selbst noch sehr jung, stellten sie sich mit den Mitgliedern ihrer Ortsgruppe auf vollkommen kameradhaftlichen Fuß, beteiligten sich an deren Ausflügen und Spielen sowie an ihrer Bildungsarbeit und waren dadurch imstande, ihre eigene bessere geistige Schulung zum Nutzen ihrer jungen Freunde anzuwenden, ohne für sich mehr Autorität in Anspruch zu nehmen, als es mit dem demokratischen Selbstgefühl der Arbeiterjugend verträglich ist.

Der Anschluß einiger zum Teil auch noch junger, aber doch schon erfahrener und bewährter Pädago-

ginnen an die Studentenkreise angehörenden Bildungsbeiräte und ein reger Gedankenaustausch zwischen allen Mitarbeitern brachte immer mehr Systematik und Zielsicherheit in die gemeinsame Erziehungsarbeit, die mit einer Hingebung und Begeisterung betrieben wurde, wie nur die Jugend sie aufzubringen weiß.

Das Hauptgewicht wurde von allen Bildungsbeiräten darauf gelegt, die Jugendlichen zur regsten Teilnahme an der Arbeit und zur geistigen Selbständigkeit zu erziehen, um es ihnen zu ermöglichen, sich die sozialistischen Grundlehren als unverlierbaren Besitz anzueignen.

Nach Ausbruch des Krieges geriet die Jugendorganisation in mehrfache Gefahren. Zuerst brach eine furchtbare Arbeitslosigkeit ganz plötzlich über die jugendlichen Arbeiter, besonders aber über die Lehrlinge der großen Städte herein, die oft mit ihrem Arbeitslohn zugleich Obdach und Nahrung verloren und wie durch einen Wirbelwind auseinandergejagt und in ihre mütterliche Heimat betretenen Heimatsorte verstreut wurden. Dann wieder nahm das Ueberwachen der Waffen- und Schwerindustrie mit ihrer entlosten Arbeitszeit den geualten Jungen und Mädchen Kraft und Muße für jede geistige Arbeit, und als hier nach und nach einige Regelung erwirkt worden war, begann auch schon die Einziehung der jüngsten Jahrgänge zum Kriegsdienste und beraubte die Ortsgruppen der Jugendlichen ihrer besten Funktionäre.

Der männliche Teil der Wiener Bildungsbeiräte wurde mit Ausnahme eines einzigen, schwer tuberkulösen Genossen ebenfalls zur Fahne gerufen. Viele von ihnen sind seither gefallen, andere in Gefangenschaft geraten; nicht einer konnte zu seiner Aufgabe bei der Arbeiterjugend bisher wieder zurückkehren. Diese so gut es geht zu erfüllen, sind nur noch einige Genossen bestrebt. Der größte Teil der Wiener Ortsgruppen entbehrt gegenwärtig eines Bildungsbeirates.

Wie überall, so haben auch in Wien die Erfahrungen des Krieges und die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Sozialdemokratie radikalisiert auf die Arbeiterjugend eingewirkt. Insbesondere wurden die Kämpfe innerhalb der reichsdeutschen Sozialdemokratie von der Jugend mit um so heißerem Eifer verfolgt, als die offizielle Partei bei uns ängstlich bestrebt war, vor der Arbeiterjugend jene Kämpfe nach Möglichkeit zu verheimlichen, und die Sympathien der jungen Genossen wendeten sich so leidenschaftlich den linksstehenden Gruppen zu, daß die fünf noch in Funktion befindlichen Bildungsbeiräte (ursprünglich waren ihrer in Wien 18 tätig, in jeder Ortsgruppe einer) durchaus nicht immer imstande waren, die jungen Diktatoren daran zu verhindern, ihren Unmut über die Scheidemänner auf die Genossen der österreichischen Parteimehrheit zu übertragen, und wie ja nur natürlich, nicht selten das Kind mit dem Bade auszuschütten. Drei Ortsgruppen haben sich im Verlauf des letzten Jahres von dem Verband der jugendlichen Arbeiter losgelöst, weil ihrer Meinung nach die Verbandsleitung zu unbedingtem im Fahrwasser der Parteinstanzen segle. Sie bildeten einen eigenen Verein "Freie Jugend", erklärten aber, auch weiterhin der österreichischen Sozialdemokratie anzugehören.

Die Schwierigkeiten, die der Partei aus dem zuweilen recht verworrenen Radikalismus der Jugendlichen erwachsen, hat bei einigen maßgebenden Führern die Meinung gezeitigt, man müsse nun allen Sozialismus aus der Jugendorganisation verbannen und in den Bahnen der bürgerlichen Jugendpflege wandeln. Geschichte, Literatur und Naturwissenschaften sollten nach Ansicht jener Genossen die alleinigen Gegenstände des Unterrichts sein. Es bedarf wohl kaum der Erwähnung, daß auch diese Gegenstände in den Unterrichtsplan der Bildungsbeiräte aufgenommen sind. Doch dienen sie nach deren Methode in erster Linie dazu, dem wichtigsten Unterrichtsgegenstand, der Einführung in die Lehren des Sozialismus, Tatsachen- und Anschauungsmaterial beizufügen.

Bisher hat allerdings nur ein einziges Mitglied des Parteivorstandes diese Meinung ganz unverhohlen ausgesprochen. Man schreie, meine dieser Genosse, die Jugendlichen nur ab, wenn man sie mit so schwierigen Begriffen wie Sozialismus, Klassenkampf usw. überfalle. Von einer anderen Seite wieder wurde die Befürchtung ausgesprochen, es müsse die Jugend verbittern, wenn man sie auf die Klassengegensätze hinweise, statt ihr Gemüt mit allgemeiner Menschenliebe zu erfüllen.

Aus solchen Äußerungen spricht ein solches Unkenntnis von der Psychologie der Proletariatskinder, als Mangel an pädagogischem Verständnis.

Die jungen Burschen und Mädchen, die in unsere Wiener Jugendorganisation kommen, sind zu einem ganz überwiegenden Teil Kinder von organisierten Arbeitern. Sie haben seit ihrer frühesten Kindheit von der Sozialdemokratie sprechen hören, und wenn sie mit 14 bis 16 Jahren in unsere Organisation kommen, so sind sie mit einer Menge von sozialdemokratischen Schlagworten recht gut vertraut, und Aufgabe in der Erziehungsarbeit in der Jugendorganisation ist es, ihnen an Stelle einer nur zu oft rohen, verflachten und schiefen Auffassung des Sozialismus den richtigen Begriff von dieser Lehre zu geben.

Verbitternd wirkt nicht der Sozialismus auf die halbwüchsigen Proletariatskinder ein, sondern ihre täglichen Erfahrungen in Haus und Betrieb. Nur zu oft ist der Sozialismus das einzige zur Verfügung stehende Mittel, um sie vor Hoffnungslosigkeit und damit auch vor Verbitterung zu schützen.

Warmherzige Eltern und Erzieher haben zu allen Zeiten das Bedürfnis empfunden, Kinder, denen das Glück und die Sorglosigkeit der Jugend geschmälert oder ganz geraubt wird, mit der Aussicht auf eine

stärkere Zukunft zu trösten und ihnen die Zuversicht zu erwecken, daß es an ihnen selbst liege, sich diese stärkere Zukunft zu bereiten. In früheren Zeiten gab es zwei Ziele, auf die man das Streben der Kinder nach Glück hinleiten konnte: einerseits das durch persönliche Tüchtigkeit erreichbare, andererseits das der Demut und Frömmigkeit gesteckte Ziel, das Glück in einer anderen Welt. Der vorgeschrittenere Teil des heutigen Proletariats hält weder das eine noch das andere jener beiden Ziele für erreichbar und kann darum seine Kinder nur auf den Klassenkampf verweisen und ihr Streben auf jene Ziele hinleiten, die sich die Sozialdemokratie gesteckt hat.

Dem Kinde ist ein unbedingter Drang nach Gerechtigkeit eigen, aber es sieht Ungerechtigkeit, wozin es blickt. Darum wirkt es sehr wohlwollend auf sein Gemüt ein, wenn es erfährt, daß eine unermesslich große Zahl von Menschen in der Welt bestraft ist, dem Unrecht zu steuern, indem sie die Grundsätze des Sozialismus zu verwirklichen trachtet. Das Kind hat das instinktive Verlangen, gegen jede Beschwerde energisch anzukämpfen, und die Verheißung, es werde einst seine ganzen Kräfte in einem nützlichen und erfolgreichen Kampfe anzupflanzen haben, erhöht seine Lebensfreude.

Andererseits sind Kinder nur zu sehr geneigt, über Menschen, die ihren primitiven Gerechtigkeitsempfinden nicht voll entsprechen, unbarmherzig abzurteilen, und über jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen eines der ihnen bekannten Gesetze, wie etwa der Diebstahls oder Schwindbeleiden, sitzen sie mit einem Eifer zu Gericht, der nicht immer frei von Pharisäertum ist.

Die Aufgabe der sozialistischen Erziehung ist es, den Kindern Gesetzesbruch als eine soziale Erschei-

**Parteigenossen!**  
**Werbet für die Unabhängige**  
**Sozialdemokratische Partei**  
**Deutschlands!**

nung verständlich zu machen, die mit der Umgestaltung der Verhältnisse, unter denen wir leben, verschwinden wird, wobei immer wieder in den Kindern der Wunsch rege erhalten werden muß, bei dieser Umgestaltung mitzubehelfen.

Die Kinder solcher, zum Glück nicht ganz seltenen Parteigenossen, die ihre sozialistische Erziehungsaufgabe richtig erfaßt haben, unterstützen die in der Jugendorganisation wirkenden Genossen wirksam. Die hauptsächlichste Aufgabe der Erwachsenen ist es, zugleich ordnen und anfeuernd in diese jugendliche Selbsterziehung einzugreifen.

Dieser Tätigkeit werden sich die Wiener Bildungsbeiräte der Jugendlichen, denen es bisher vergönnt war, bei ihren jungen Freunden auszuharren, auch fernerhin mit Freuden unterziehen, obwohl ihre unermüdete Tätigkeit bei den Parteinstanzen statt Anerkennung nur Anfeindung erfahren hat. Sie hoffen, daß eine, wenn auch leider nur geringe Anzahl ihrer früheren Mitarbeiter gesund aus dem Kriege heimkehren und wieder an ihrer Seite im alten Geiste tätig sein werde, sie hoffen aber auch, daß sich schon vorher und zwar sobald als möglich, trotz der Ungunst der Verhältnisse, neue, ebenso wie sich für ihre Aufgabe begeisterte Mitarbeiter zu ihnen gesellen werden.

## Landesverratsprozeß vor dem Reichsgericht.

Der vereinte 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts verhandelte gegen den am 28. April 1900 geborenen Marktbefehl Bruno Wipig aus Leipzig-Volkmarzdorf, welcher der verbotswidrigen Verbreitung von Druckschriften und des verbotenen Landesverrats angeklagt war. Der Angeklagte betätigte sich als Anhänger der unabhängigen Sozialdemokratie und in der von dieser geleiteten Jugendbewegung. Er hat am 9. August 1917 zehn Exemplare der Julinummer des "Stürmer", Kampfzeitung für die Jugend Deutschlands, in Empfang genommen in der Absicht, sie zu verbreiten. Diese Druckschrift trug eine falsche Angabe des Druckers und Verlegers. Ob der Angeklagte die fraglichen Schriften wirklich verbreitet hat, kann nach Ansicht des Gerichtshofes dahingestellt bleiben, da die Strafbarkeit schon gegeben ist, weil er bei der Entgegennahme der Schriften die Absicht hatte, sie zu verbreiten. Für dieses Vergehen wurde eine Einjahresstrafe von 6 Wochen Gefängnis ausgeworfen. Ferner ist der Angeklagte des versuchten Landesverrats für schuldig befunden worden, weil er am Vormittag des 16. August 1917 in Stötteritz und am Nachmittag desselben Tages im Volkshaus in Leipzig je eine Ansprache gehalten hat, in welcher er die Antretenen aufforderte, in einen allgemeinen Streit einzutreten und zu versuchen, den Ausstand auf weitere Kreise auszudehnen. Hierfür wurde eine Einjahresstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis ausgeworfen. Diese wurde mit der vorerwähnten sechswöchigen Gefängnisstrafe zu einer Gesamtstrafe von ein Jahr sieben Monaten vereinigt. Da der Angeklagte im wesentlichen geständig gewesen ist, wurden ihm von der seit dem 16. August 1917 erlittenen Untersuchungshaft 7 Monate angerechnet, so daß er noch ein Jahr zu verbüßen hat.

## Aus der Bewegung.

Die Berliner Regierungssozialisten sind dabei, sich neu zu organisieren. Es soll eine passivere Zentralisation der Organisation geschaffen werden. Im Hinblick darauf, daß die Wahlkreisverteilung Berlins fortfallen und Berlin nach dem Proportional-system wählen wird, können die Wahlkreisgrenzen in Zukunft aufgehoben werden. Die bisherigen Wahlkreisvereine hätten keinen Zweck mehr. Man will deshalb für die Stadt Berlin einen Verein schaffen, außerdem je einen für Teltow, Beeskow und Niederbarnim.

Am 6. Kreise hielten die Regierungssozialisten ihre Generalversammlung ab, in der mitgeteilt wurde, daß es nicht so recht vorwärts gehe. Ueber die Klassenverhältnisse wird nichts mitgeteilt. Zu Vorstehenden wurden Pothlach und Nürnberg gewählt.

In Spandau-Ostbavelland suchen dieselben Herrschaften ihre Getreuen mühsam zusammen. Vom 1. April dieses Jahres ab wird der Beitrag für männliche auf 15 Pfg., für weibliche auf 10 Pfennig pro Woche erhöht. Daneben soll ein fakultativer Wahlfondsbeitrag von 40 Pfg. pro Quartal und Mitglied erhoben, außerdem sollen die Partibonds wieder eingeführt werden.

Eine Provinzialkonferenz für Brandenburg hielten die Ansozialisten nach vierjähriger Pause ab. Es wurde berichtet, daß die Mitgliederzahl von über 34 000 auf 8 200 gesunken sei; in letzter Zeit aber sei eine Steigerung auf 11 900 zu verzeichnen. Angeblich sollen noch 129 Ortsvereine vorhanden sein. Die wirkliche Lage ist viel schlechter, zumal in vielen Orten die Welsche Herrschaft arg ins Wanken gekommen ist. Es gibt kaum irgendwo einen Provinzialsekretär, der so unbeliebt ist, wie Otto Wels.

Die Abhängigen in Magdeburg. Unter der Stichmarke "Unabhängige Reichsanhänger" bringt die Magdeburger "Volkstimme" einen langen Schimpfartikel gegen unsere Mitteilung über die Mitgliederzahl der regierungssozialistischen Parteiorganisation in Magdeburg. Die "Volkstimme" behauptet, die in ihrem Bericht angegebene Mitgliederzahl sei richtig. Der sozialdemokratische Verein habe am 31. März dieses Jahres 1561 männliche und 754 weibliche Mitglieder gezählt. In der mitgeteilten Annahme sei der Massenbestand nicht enthalten. Außer den ordentlichen Beiträgen befände sich darin eine Summe von 8384,37 M. für Verkauf von Schriften, aus Versammlungen und aus freiwilligen Beiträgen, sowie 560,61 M. aus Zinsen.

Nicht das Resultat der Gewaltpolitik des Bezirkssekretärs liegt vor, sondern die Unbiggheit, der Wahrheit entsprechende Berichte über die alte Partei zu schreiben.

Wir vermuten wohl mit Recht als Verfasser dieser Epistel den Bezirkssekretär Heim. Ihm steht es besonders gut an, anderen Vorwürfe zu machen, sie schreiben falsche Berichte. Mühen doch in letzter Zeit getreueste Freunde von ihm ab, als er in seinem "Mitteilungsblatt" wiederholt völlig unwahre Behauptungen gegen eine große Gewerkschaft und deren Funktionäre erhob, nur um deren Leiter, einen politischen Gegner, zu treffen. Unsere Berechnung der Mitgliederzahl stützt sich auf den Bericht der "Volkstimme", in dem es hieß: "Bei einem Massenbestand von 15 162,20 M. belaufen sich die Einnahmen auf 19 208,80 M., die Ausgaben auf 20 236,95 M., mithin eine Mehrausgabe von 1 028,15 M." Aus der ganzen Fassung des Berichtes machte geschlossen werden, daß in der Einnahme der Massenbestand mit enthalten war. Wenn es die Reineinnahme und Reineinnahme sein soll, dann stimmt doch der Betrag nicht, der als Mehrausgabe angegeben ist. Uebrigens war auch der Massenbestand vom Anfang des Geschäftsjahres nicht richtig angegeben, wie im Artikel der "Volkstimme" selbst mitgeteilt wird. Das Ganze ist also eine sehr eigene Art, die Öffentlichkeit zu unterrichten. Wie unter solchen Umständen die jetzt mitgeteilten Angaben zu bewerten sind, überlassen wir unseren Lesern.

Zückerbog-Ludenwalde. Am 12. Mai tagte in Ludenwalde die Generalversammlung des Kreiswahlvereins der abhängigen Sozialdemokraten. Aus dem Bericht des Vorsitzenden ist zu entnehmen, daß die Organisation am 1. April 1914 in 20 Wahlvereinen 3418 Mitglieder zählte. Gegenwärtig sind im Kreise nur noch 7 Wahlvereine mit 758 Mitgliedern vorhanden. 1498 Mitglieder waren am 1. April 1918 zum Heeresdienst eingezogen; mithin hat der Kreiswahlverein während der Kriegszeit 13 Wahlvereine, die sich wegen Mitgliederschwund auflösten und 1172 Mitglieder verloren. Der Verlust an Mitgliedern ist aber bedeutend größer. Eine nachweislich ziemlich große Zahl von Parteigenossen, die infolge ihrer Kriegsverletzungen oder auch Krankheiten, die sie sich im Felde zugezogen haben, zur Arbeit beurlaubt oder rekrutiert wurden, haben ihre Mitgliedschaft bei den Regierungssozialisten nicht wieder erneuert, sondern sympathisieren mit der Unabhängigen Sozialdemokratie; nur die Furcht vor Denunziation, durch die sie wieder zum Heeresdienst eingezogen werden könnten, hindert sie an dem Eintritt in die Unabhängige Partei, was eigentlich kein Grund sein dürfte, aber den Verhältnissen entsprechend verständlich erscheint. Trotzdem während der einjährigen Geschäftszeit 24 505 Flugblätter und Broschüren zwecks Agitation für Partei und Presse verteilt, und 7 Versammlungen, davon allein 4 in Ludenwalde abgehalten wurden, ist die Mitgliederzahl, weil auch hier die Parteigenossen mit der Tätigkeit ihrer Parllamentenfraktionen und der Parteiobertönen unzufrieden sind, rückwärts gegangen. Vorwärts dagegen geht es mit der Unabhängigen Partei. Ohne Flugblätter und Broschüren, ohne Versammlungen und Tagespresse war es möglich, in kaum 6 Monaten 4 Ortsgruppen

zu gründen, die sich erfreulicherweise weiter entwickeln. Das sollte den Genossen, die nach zu den Regierungssozialisten gehören, zu denken geben, zumal sie sich in ihren Mitgliederversammlungen, und besonders in den Landtagen, wiederholt gegen die Bewilligung der Vermögenssteuer und die Politik ihrer Reichstagsaktion ausgesprochen haben und mit der Schaulustpolitik ihres Abg. Ewald durchaus nicht einverstanden sind. Sie sollten sich endlich dazu entschließen, der Partei beizutreten, die die alle grundsätzliche, den Wünschen der Arbeiterschaft entsprechende Politik betreibt und die es versteht, sich selbst in den schwierigsten Situationen durchzusetzen. Parteigenossen, die mit der Politik der Regierungssozialisten nichts mehr gemein haben und sich der Unabhängigen sozialistischen Partei anschließen wollen, erhalten Aufklärungsmaterial durch das Mitglied der Agitationskommission der Provinz Brandenburg, Gen. E. Rosemann, zugesandt.

Im Kampf um das Halleische Volksblatt. Die F. R. verlor kürzlich triumphierend, der Geschäftsführer Herzog, den die unabhängigen Vertrauensleute an die Luft gesetzt hatten, sei durch Gerichtsbeschluss wieder in sein Amt eingesetzt worden. Wenn die Austraggeber Herzog glauben, sie müßten von diesem Urteil viel Aufhebens machen, so sei ihnen diese Freude nicht mißgönnt. Sie haben ja so wenig Freude in unserer Zeit, wo es im abhängigen Parteigebäude an allen Ecken und Enden kraut. Aber das Urteil ist von der F. R. doch ein wenig summarisch wiedergegeben worden. Im Urteil heißt es wörtlich: „Herzog sei der Besitz und die Nutzung des Geschäftsführers z. im. m. r. s. und des Hauptbüros wieder einzuräumen und die Schlüssel zu diesen Räumen seien ihm zu übergeben.“ Herzog hat also durch das Gericht seinen Titel Geschäftsführer wieder bekommen. In sagen und zu verfügen hat er nun insoweit, als seine unabhängigen Mitgesellschafter und Geschäftsführer damit einverstanden sind. Schließlich haben die Halleischen Genossen auch gar nicht nötig, dem Menschen, dem sie wegen Wort- und Treubruchs das Vertrauen entzogen haben, mehr Rechte zuzubilligen, als ihm vom Gericht zugesprochen worden sind. Ueber das Vermögen des Geschäftsführers hat er ohnehin nicht zu verfügen, da es — entgegen seinem Antrag beim Gericht — hinterlegt worden ist.

Bei dieser Gelegenheit sei eine kurze Darstellung vom Stand der Prozesse um das Volksblatt gegeben. Der Landgerichtsbescheid, durch den die von Herzog willkürlich veranlagte Löschung des Genossen Reichwand und Jähning und die Eintragung von zwei weiteren Regierungssozialisten aufgehoben wurde, besteht noch. Die Entscheidung des Kammergerichts, das Herzog und seine Freunde angefaßt haben, steht noch aus. Einweilen ist also die Volksblatt G. m. b. H. mit zwei unabhängigen und Herzog besetzt. Genosse Albrecht der in gesetzmäßig durchgeführter Genossenschaftsführung an Stelle von Herzog, dessen Anstell. eingezogen worden ist, zum Geschäftsführer gewählt wurde, ist in das Handelsregister des Amtsgerichts noch nicht eingetragen worden, da der Registrarsrichter die Entscheidung des Kammergerichts abwarten will.

In dem anderen Prozeß, der um das Besetzrecht am Volksblatt geht, ist noch nichts entschieden. Die Halleischen Genossen vertreten die selbstverständliche Auffassung, die durch die Tatsachen aus dreißig Jahren Halleischer Parteigeschichte bekräftigt wird; daß der das Eigentum am Volksblatt besitzende, 1889 gegründete Sozialdemokratische Verein für Halle und den Saalkreis jener Verein ist, der 1917 durch Generalversammlungsbeschluß — 116 Delegierte von insgesamt 129 stimmten dafür — zur unabhängigen sozialdemokratischen Partei übertrat. Die Scheidemannanhänger, die von den über 4000 Mitgliedern des Vereins, trotz der Gründung eines eigenen Kopfoliates, noch keine fünfzig auf ihre Seite bekommen haben — 69 Abmeldungen hat unser Parteisekretariat überhaupt nur festgestellt seit dem Übertritt — und davon blieb ein Teil noch neutral — machen sich an anderen in der bekannten jesuitischen Auslegungsmantel vor, sie seien der alte Verein. Ein Verhandlungstermin hat, wie gesagt, noch nicht stattgefunden; bisher sind nur Beweisanträge von den Parteien gestellt worden. Eine Entscheidung zugunsten des kleinen Kreises der Scheidemannler scheint nach Lage der Sache überhaupt juristisch unmöglich. Für die unabhängige Rechtsauffassung hat selbst Herzog reichlich Beweismaterial geliefert. Er hat noch fast dreiviertel Jahr lang nach dem Übertritt und trotzdem er auf der entscheidenden Generalversammlung die bestellte Szene der parteivorstandstreuen Bannerträger mitemachte, die Prekommission und den Vorstand unseres unabhängigen sozialdemokratischen Vereins anerkannt, mit ihnen Revisionen abgehalten, über Gehaltsregulierungen beschlossen, einmal wollte Herzog sich von unseren Vertrauensleuten sogar entweder die sofortige Entlassung oder die Unkündbarkeit seiner Stellung auf die Dauer von fünf Jahren beschließen lassen! Wichtiges Beweismaterial für unser Besetzrecht am Volksblatt ergibt auch die Tatsache, daß das Halleische Blatt niemals Zuschüsse oder Darlehen vom Parteivorstand in Berlin gehabt hat und in vielen Beschlüssen und Verhandlungen wegen „Verstaatlichung“ der Drucker und des Verlags von den Halleischen Vertretern immer der Standpunkt vertreten wurde, daß das Zeitungsunternehmen unbedingt Eigentum des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und Saalkreis bleiben sollte.

Wie sich die Halleische Blattübertragungsgesellschaft ihren Plan eingefadelt hatte, nachdem sie ihre Zeit gekommen erachtete (nach der Inhaftierung des Genossen Reichwand), wie räuslichlos sie aber auch vorging, um den Scheidemann, Braun usw. auch das Halleische Blatt in die Hände zu spielen, geht aus einer Mitteilung an die Geschäftsführer hervor, die in dem früher von Herzog benutzten Geschäftszimmer aufgefunden wurde und in der als Tag der Zusammenlegung von unabhängigem Volks-

blatt und regierungssozialistischer Volksstimme — vertritt sich: unter regierungssozialistischer Redaktion — bereits der April 1918 vorgelesen war! Den Termin haben sie ja nun freilich verpaßt!

Auch nach diesem Schiffsbruch der Halleischen Scheidemannler kann man ihre neuerliche kindliche Freude an der praktisch bedeutungslosen Vereinerlichung des „Geschäftsführers“ Herzog menschlich begreiflich finden.

Ein Heiratsfall in Braunschweig. Einen gehörigen Reinfall erlitten die Braunschweiger Volksfreundräuber mit einer Denunziation gegen eine Reihe Genossen und Arbeiter Braunschweigs. Als im März und April von dem Parteivorstand unter Mitwirkung der wenigen Braunschweiger Regierungssozialisten den Braunschweiger Arbeitern der „Volksfreund“ entwendet wurde, eilten die Arbeiter Braunschweigs zahlreich nach dem Volksfreundgebäude, um ihr Eigentum gegen die regierungssozialistischen Betrugsmaschinen zu verteidigen. Das gelang ihnen auch solange, bis ein großes Polizeiaufgebot von den Regierungssozialisten herbeigerufen wurde. Der vom Parteivorstand eingesezte Geschäftsführer Vogler denunzierte hierauf eine Reihe Parteifunktionäre und Genossen schriftlich bei der Polizei wegen Hausfriedensbruchs, Sachbeschädigung usw. Am 27. Mai stand in dieser Strafsache Termin vor dem Schöffengericht in Braunschweig an. Angeklagt waren die Genossen Kugelberg, Nerges, Christoph, Graner, Gehrie und Löffel. Sechs andere Genossen, die ebenfalls von Vogler denunziert worden waren, befinden sich beim Militär, ihre Sache wurde daher abgetrennt. Nach mehrwöchiger Verhandlung wurden sämtliche Angeklagten freigesprochen. Gegen die Genossen Kugelberg und Nerges, die sich am 30. März bei dem ersten Angriff des Parteivorstandes auf das Eigentum der Braunschweiger Arbeiterschaft des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht haben sollten, beantragte selbst der Anwalt die Freisprechung. Kugelberg war Vorsitzender der Prekommission, Nerges Mitglied des Bezirksvorstandes. Sie hatten daher nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, im Volksfreundgebäude antworfend zu sein. Uebrigens hatte der Ueberfall auf das Volksfreundunternehmen am 30. März nicht die geringste rechtliche Grundlage. Beim zweiten Ueberfall am 4.-5. April 1917 hatte allerdings das sächsische Schöffengericht, das mehr ein Stellungsverteilungsgericht war, getagt. Bekanntlich haben mittlerweile die jetzigen regierungssozialistischen Posteninhaber am „Volksfreund“ auch alle beim Heere befindlichen früheren Angeestellten entlassen, um im dauernden Besitz der Posten bleiben zu können. Das ist auch der eigentliche Kern und Grund des ganzen Volksfreundraubes. Die jetzigen Posteninhaber waren von der Braunschweiger Arbeiterschaft aus ihren Stellungen, weil sie jedes Vertrauen verloren hatten, entfernt worden. Sie entdedten darauf ihr regierungssozialistisches Herz. Der Parteivorstand nahm ihre Mitwirkung verständnisvoll an, der Volksfreundraub wurde vollzogen und die Mitwirkenden aus Braunschweig erhielten die Posten, nachdem sie im Schöffengericht die Entfernung der rechtmäßigen Angeestellten mitbeschlossen hatten.

Das Schöffengericht hatte sich eine vorläufige Verfügung erwirkt, wodurch die Genossen Siegemann und die Redakteure ihrer Stellungen enthoben und Herr Friedrich als Redakteur und Vogler, der damals geflüchteter Arbeitersekretär war, als Geschäftsführer eingesetzt wurden. Herr Vogler hatte nun verschiedenen Genossen am 4.-5. April das Haus verwiesen. Und der Anwalt beantragte auch gegen die Genossen Christoph, Graner, Gehrie und Löffel, weil sie den Aufforderungen Voglers, das Volksfreundgebäude zu verlassen, nicht nachkamen, 30 bzw. 40 Mark Geldstrafe. Aber das Gericht sprach nach kurzer Beratung auch diese Genossen frei. Die Begründung ist sehr beachtenswert und wird manch Wasser in den schäumenden Wein der regierungssozialistischen Zeitungsmaschinen gießen.

In der Gerichtsentscheidung heißt es: Das Schöffengericht habe nur über die Streitigkeiten unter den Firmenträgern zu entscheiden gehabt. Ueber die Anstellung und Entlassung der Angeestellten haben nach den statutarischen Bestimmungen die Firmenträger und die Prekommission und über die prinzipielle Haltung des Blattes Firmenträger, Prekommission und Bezirksvorstand zu entscheiden. Die alte Prekommission bestand am 4.-5. April noch zu recht und ist bei der Anstellung Voglers zum Geschäftsführer nicht gebürt worden. Die Anstellung Voglers ist daher zu unrecht erfolgt. Er konnte daher auch kein Hausrecht als Geschäftsführer ausüben. Die Angeklagten waren daher nicht verpflichtet, seiner Aufforderung Folge zu leisten. Deshalb waren sie freizusprechen.

Die Folgerungen aus dieser Gerichtsentscheidung werden nun zu ziehen sein. Alle von den Firmenträgern und dem Geschäftsführer vorgenommenen Entlassungen und Anstellungen und sonstigen Handlungen sind nach dieser Gerichtsentscheidung somit rechtswidrig, weil an ihnen die rechtmäßige Prekommission nicht mitgewirkt hat. Der ganze Prozeß um das Volksfreundunternehmen wird damit in ein neues Fahrwasser gelangen. Auch werden sämtliche entlassenen Angestellten die Firmenträger und den Geschäftsführer für den ihnen durch die Entlassung entstandenen Schaden perönlich haftbar zu machen haben und Klagen auf Schadenersatz anstrengen.

Gegen—Schwelm. Aus dem Bericht unserer Parteio rganisation im Reichstagswahlkreis Hagen (Westf.)—Schwelm entnehmen wir folgendes: Der Wahlkreis hatte in den Kriegsjahren 1914—1918 nur 168 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Seit der Parteispaltung (also 1 Jahr) 150 Neuaufnahmen; im letzten Quartal vor der Spaltung wurden von männlichen Mitgliedern 857, 20 M. an Beiträgen eingenommen, ein Jahr später 957,80 M. Die Ein-

nahmen von weiblichen Mitgliedern sind stabil geblieben. Männliche Mitglieder hat der Kreis 951, insgesamt hat er rund 1200 Mitglieder. Die Organisation der Abgeordneten hat es noch nicht gewagt, Zahlen bekannt zu geben. Die Kreisorganisation beschloß, die Erhöhung der Beiträge von 60 bzw. 40 Pfg. im Monat. Als Reichstagskandidat wurde Genosse Konrad Ludwig (ehemaliger Reichstag) aufgestellt. Für die Landtagswahl wurden die Genossen Dettlinghaus und Ludwig aufgestellt. Die Abschneidung unserer Partei von jeglicher öffentlicher Betätigung ließ bisher schon nichts zu wünschen übrig, doch jetzt scheint man auch die Vereinsversammlungen unmöglich zu machen. Die abhängigen Haberländer können natürlich tun, was ihnen gefällt.

Offenburg (Baden, 7. März). In der Versammlung des sozialdemokratischen Vereins ist der Wunsch ausgesprochen worden, es möchten diejenigen Mitglieder, welche ihren Wohnsitz nicht im Wahlkreis Offenburg—Rehl—Oberkirch haben, das Mitteilungsblatt auf 1. Juli bei der Post bestellen oder sich in der Bedarfszahl der einzelnen Orte unter Kreuzband vom Berliner Verlag senden lassen.

Das 25jährige Jubiläum der Königsberger Volkszeitung feierten am 28. Mai d. J. Leute, die mit der Gründung der Königsberger Arbeiterpresse nicht das mindeste gemein haben, die aber im Februar 1917 durch einen Gewaltakt mit Hilfe des Parteivorstandes das Blatt den grundsätzlichen Königsberger Sozialdemokraten geraubt haben. Eine mit fremden Federn geschmückte Beilage, darunter einen vom Landtagsabgeordneten Otto Braun im Jahre 1914 gelegentlich der Einweihung des Volkshauses geschriebenen Artikel widmet die abhängige Redaktion diesem Ereignis. Außer Braun, der sich um die Gründung und Entwicklung der Königsberger Arbeiterzeitung, große Verdienste erworben, diese aber durch seine Hauptbeteiligung an dem Raub der Zeitung völlig aufgehoben hat, befindet sich unter den führenden Regierungssozialisten in Königsberg nicht ein einziger, der an dem Entwicklungsgang der sozialdemokratischen Zeitung von der Wahlzeitung zum Wochenblatt bis zur Tageszeitung mitgearbeitet hat. Wie sollten diese der Königsberger Parteibewegung so fremd gegenüberstehenden, sich jetzt als die berufenen Hüter der Parteiorganisation nennenden Leute den mit vielen persönlichen Opfern erlangenen 25jährigen Werdegang einer sozialdemokratischen Zeitung kenne n.

Was sie aber genau wissen und was sie ihren Lesern, die zum großen Teil parteipolitisch indifferent sind, mitteilen könnten, das verschweigt die Redaktion in der Jubiläumssnummer. Man liest nichts davon, auf welche heimtückische Weise der großen Mehrheit der Königsberger Parteigenossen ihr Blatt geraubt wurde. Die Leser werden auch nicht daran erinnert, welche Schwankung in der Politik das Blatt seit Februar 1917 unternommen hat, um sich das Vertrauen der Behörden und der bürgerlichen Parteien zu erschleichen. Es sind auch nicht erwähnt die verschiedenen Beschimpfungen, Verleumdungen und Denunziationen, die man seit Februar 1917 gegen alte Parteigenossen unangesehen richtete.

Das alles bleibt berufenen Chronisten der Königsberger Parteigeschichte vorbehalten, wenn nach dem Kriege die Schranken und Fesseln gefallen sein werden.

## Groß-Berliner Chronik.

Die Gemüse- und Obstversorgung Berlins beschäftigte die Stadtverordnetenversammlung am 30. Mai. Genosse Wurm legte die unzulängliche Gemüse- und Obstversorgung dar, unter der die Bevölkerung Groß-Berlins ständig zu leiden habe. Er verlangte durchgreifende Abhilfe, auch eine Steigerung der eigenen Produktion der Gemüseversorgung auf den Gütern sei dringend nötig.

Der Magistrat teilte durch seinen Vertreter mit, daß die Stadt sich durch Lieferungsverträge die sechsfache Menge an Obst und Gemüse gesichert habe gegenüber dem Vorjahre. So habe man statt z. B. 1020 Morgen im vorigen Jahre jetzt 6160 Morgen in diesem Jahre mit Frühgemüse für Berlin gesichert. Dazu kämen die großen Lieferungen der städtischen Güter. An Herbstgemüse seien bisher über 2½ Millionen Zentner schon abgeschlossen. Man hoffe, daß in diesem Jahre die Lieferungen auch erfolgen würden. Was die Obstversorgung betreffe, so sei insbesondere die Berberische Obstzucht für Berlin in der Hauptsache gesichert. Die Einwohner von Berber und Umgebung könnten ihren Bedarf gegen Lebensmittellagen decken. Mit vielen anderen Orten seien für Berlin Oblieferungsverträge geläufig. Es ist also alles hübsch geordnet, das heißt auf dem Papier, genau so wie mit den Kohlen. Zur Durchführung einer Kontrolle sollen 20 Damen vom Hausfrauenverein gewonnen sein. Im Herbst sollen bestimmte Mengen Gemüse auf Lebensmittelkarten den Einwohnern zugewiesen werden. Eine Rationierung von Frühgemüse sei wegen des schnellen Verderbens und der unberechenbaren Zufuhren nicht möglich.

Die neue Schieberei auf dem Alexanderplatz auf einen Deserteur, wobei dieser getötet und ein Mädchen schwer verwundet wurde, führte zu einer besonderen Besprechung auf Grund eines Antrags der Regierungssozialisten. Hannfuch legte den Sachverhalt dar. Der Oberbürgermeister verwies darauf, daß nach einer ihm vom Kriegsminister zugegangenen Mitteilung Anordnungen ergangen seien, die die Wiederholung solcher Vorfälle ausschließen, daß aber im vorliegenden Falle ausweisend von untergeordneten Organen die Befolgung nicht beachtet worden sei. Bevor die eingeleitete Untersuchung den Sachverhalt vollständig klargestellt habe, müsse man sich gedulden. Er werde aber die



## Auswärtige Politik und „Aktionsprogramm“.

Das neue „Aktionsprogramm“ der Würzburger Sozialisten, das kürzlich von der dazu auf dem letzten Parteitag eingesetzten Kommission veröffentlicht wurde, bezeichnete das „Berliner Tageblatt“ treffend als eine Anpassung. Diese Anpassung an die Politik des 4. August zeigt sich besonders kräftig bei der Behandlung der auswärtigen Politik, soweit von einem Programm überhaupt gesprochen werden kann. Hier hat der Weltkrieg so zahlreiche neue Probleme aufgeworfen, daß eine „Ergänzung“ des Erfurter Programms geboten gewesen wäre oder vielmehr eine Anwendung der dort aufgestellten Grundsätze auf die Fragen des Tages oder der nächsten Zeit.

In der Einleitung des Aktionsprogramms wird zwar von der „Umgestaltung der aus der Zeit vor dem Kriege übernommenen staatlichen Einrichtungen“ gesprochen, einer Umgestaltung, die bewirken soll den „Uebergang des alten Obrigkeitsstaates in einen demokratisch-sozialistischen Verwaltungsstaat“. Diese Umwandlung müßte sich vor allem auch durch den Einfluß des Proletariats auf die äußere Politik zeigen. Das Programm erstrebt dann auch durch Einführung des von der Partei stets geforderten demokratischen Wahlrechts für beide Geschlechter einen entscheidenden Einfluß auf den Reichstag und die übrigen Parlamente und durch deren Beherrschung einen maßgebenden Einfluß auf die Regierung. Durch verantwortliches Ministerium, Entscheidung des Reichstags über Krieg und Frieden und den Abschluß von Bündnissen, Beseitigung der Geheimdiplomatie, Schaffung von Schiedsgerichten, Umwandlung des Heeres in ein Volkshier zunächst durch Dienstzeitverkürzung soll die auswärtige Politik im proletarischen Sinne geleitet werden. Die aufgezählten Forderungen sind ja bekannt. Es fehlt nur jede theoretische Begründung und systematische Verbindung, die erst diesem Wunschzettel die Bedeutung eines politischen Programms geben würde. Vor allem fehlt eine der wichtigsten Forderungen, die durch den Krieg höchste politische Bedeutung erhielt: es fehlt das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die nationale Autonomie auf breiter demokratischer Grundlage.

Ähnliche Lücken weist die Handelspolitik auf. Man wendet sich zwar gegen Wirtschaftskriege nach dem Kriege, die man durch Bestimmungen im Friedensvertrag behindern will. Man verlangt Abbau der Lebensmittelzölle, schweigt aber von den Kartellschutzzöllen auf andere Waren. Man formuliert nicht ein radikales handelspolitisches Programm, das in der Forderung des Freihandels gipfeln müsse. Man unterläßt vor allem nicht genauer das Problem der Kartelle und Monopole, obgleich ein Ausschuß zur staatlichen Beaufsichtigung der Kartelle und strengere Aufsicht über die Banken verlangt wird, wozu auch stärkere Machtbefugnis der Reichsbank dienen soll.

Ueber die Wirkung einer solchen Staatsaufsicht wird man sich doch wohl nach den Kriegserfahrungen keiner Täuschung mehr hingeben. Das erinnert doch zu stark an die derzeit von Sozialdemokraten so verspotteten „juristischen Zwirnsfäden“, mit denen Professor Schmoller auf der Mannheimer Tagung des Vereins für Sozialpolitik vor Jahren die Kartelle binden wollte.

Das merkwürdigste aber ist, daß die Kolonialpolitik mit keinem Wort erwähnt wird. Wie soll es denn mit den Kolonien nach dem Kriege werden? Lehnt man noch den Besitz von Kolonien ab und verlangt Ueberführung in die Verwaltung durch die Eingeborenen? Hat man nicht hier auch ein „Aktionsprogramm“, das sofort zu verwirklichende Forderungen zum Schutz der Arbeiterschaft und der Rohstoffe verlangt? Hier wäre doch gerade angesichts der Rohstoffjagd nach dem Kriege ein „Aktionsprogramm“ notwendig. Nichts von alledem.

Das sind aber keine Einzelfehler und bloße Unterlassungssünden. Diese Mängel und Vergeßlichkeiten sind begründet in der „Anpassung“ an den Imperialismus, die von der Partei in Würzburg offen proklamiert und ja in der Kriegspolitik seit langem vollzogen wurde.

Es fehlt jede scharfe Charakteristik der heutigen finanzkapitalistischen Epoche. Es fehlt ein klar

umrissenes Programm, das dieser Bank- und Kartellpolitik eine sich logisch aufbauende sozialistische Politik gegenüberstellt. Es fehlt jeder Hinweis auf Klasse und Klassenkampf. Man wünscht, man fordert, ohne aber das Woher und Wohin näher zu bestimmen und auf die Kräfte hinzuweisen, die diese Forderungen vollbringen sollen. Da wirkt es dann wie Ironie, wenn davon gesprochen wird, daß die Sozialdemokratie sich nicht treiben lassen dürfe, sondern die Dinge in sozialistische Bahnen lenken müsse. Da kann man das alte Wort dahin ändern: der Regierungssozialismus denkt und der Imperialismus lenkt.

Mögen die Einzelforderungen zur Uebergangswirtschaft und zur Sozialpolitik noch so berechtigt und teilweise zweckmäßig sein, mögen die Wünsche nach Demokratie und Selbstverwaltung noch so sehr im Interesse der Arbeiterklasse und einer gedeihlichen Entwicklung des Kapitalismus selbst liegen: Das Aktionsprogramm bleibt eben ein Stück Papier ohne Aktion. Es kann nur Wegweiser zu politischem Handeln sein, wenn es auf dem Grund wirtschaftlicher Untersuchung aufgebaut ist. Aber von „wissenschaftlicher“ Politik wollen die Verfasser ebensowenig wissen, wie von wissenschaftlichem Sozialismus. Man stellt eine Reihe Forderungen zusammen, vergißt die augenblicklich politisch unbequemen. Das ist dann die „Ergänzung“ des Erfurter Programms, dessen prinzipiellen Teil man anerkennt, ohne ihn zu befolgen. Man rechnet auf das kurze Gedächtnis der Massen und auf die Zugkraft von Augenblicksforderungen.

Gerade angesichts dieses Aktionsprogramms erwächst der Unabhängigen Partei die schwere aber unabweisliche Pflicht, diesem Augenblickssozialismus keine Konzessionen zu machen, sondern dieser Reformsammlung immer eine auf genauer Kenntnis der wirtschaftlichen Tendenzen ruhende, die Klassengegensätze konstatierende und scharf betonende und sich von allen Illusionen über die Rolle frommer Wünsche freihaltende Politik entgegenzuhalten.

Die Kernlosung dieser Politik muß aber lauten: Gegen den Imperialismus, die Kolonialpolitik, die Vergewaltigung fremder Völker! Gegen Schutzoll und Kartellwirtschaft! Gegen Staats-, Kriegs- und anderen angeblichen Sozialismus! Für Demokratie, wirklichen Sozialismus, das heißt Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Gegen den Krieg! Für den Frieden auf demokratischer Grundlage ohne Annexionen und Kriegsschädigungen. Das ist unser Aktionsprogramm.

Nemo.

## Das Ende einer Kämpferin.

Das Moskauer menschenwissenschaftliche Organ „Period“ bringt in seiner Nummer vom 6. Mai die Trauernachricht, daß die Genossin Nadeschda Grünfeld, eine der hervorragendsten Kämpferinnen unserer Partei, der Nachsicht der rumänischen Reaktionäre zum Opfer gefallen ist. Bei Benbern wurden aus dem Dnepr 13 Frauenleichen aufgefischt, die an Händen und Füßen gefesselt waren. — Opfer der rumänischen Besatzungsgruppen in Beharabien, die die erprobten „Kampfmethoden“ der rumänischen Oligarchen nun auch gegenüber den beharabischen Sozialisten zur Anwendung bringen. Als eines der Opfer, deren Gesamtzahl unbekannt ist, wurde die Genossin Grünfeld retrospektiert.

Seit 1904 stand die Genossin Grünfeld in den Reihen unserer Partei, in der sie unermüdlich tätig war. Gefängnis, Verbannung und Exil übten ihr nicht erspart. Von der Revolution aus dem Exil in die Heimat heimlich, stellte sie sich an die Spitze der Parteibewegung in Odessa und in Kischinew, wo sie in den beharabischen Landtag gewählt wurde. Hier verlor sie noch vor wenigen Wochen den Protest unserer Partei gegen das Gesuch der beharabischen Junker und Nationalisten, Beharabien an Rumänien anzuliefern. Die Rache der einmarschierenden rumänischen Oligarchen traf deshalb in erster Linie unsere Genossin, als eine der Führerinnen der Bewegung gegen die rumänisch-beharabische Konterrevolution.

Ein Leben voll Arbeit und Kampf, voll selbstschafflicher Hingabe für die Sache des Proletariats hat ein jähes Ende gefunden.

## Unser Hans.

Schon als Kind, beim Spiel, wie in der Schule nannten seine Kameraden ihn so, weil sein ruhiges, besonnenes Wesen ihnen vorbildlich erschien. Auch in der Lehre war er bald beliebt und als er an seinem 16. Geburtstag von seinem Vater sein Mitgliedsbuch zum Metallarbeiter-Verband erhielt, galt er bald bei seinen Lehrkollegen als kleine Autorität. Als Lehrling schloß er sich der Jugendbewegung an und wurde

gleichzeitig tätiges Mitglied des Turnvereins „Fichte“. Zum 18. Geburtstag bekam er sein Mitgliedsbuch zum Wahlverein vom Vater überreicht und unser Hans fehlte an keinem Jahlabend, bei keiner Veranstaltung. Dann lernte er sein Fräulein kennen und nun war sein Glück vollkommen. Wochentags war ja jeden Abend zu tun, aber Sonntags, da ging es am frühen Morgen raus in die Natur, an Fr. edels Seite.

Da brach der Krieg aus. Bald mußte auch unser Hans weg. Zunächst kam er zum Train, durchzog ganz Galizien, wurde aber inzwischen zum Mustier ausgebildet; dann kam er zur M. G. R. und nun ging zuerst nach Rußland, dann nach Rumänien. Hier unten am Sereth war's. — Erst packte ihn die Ruhr. Er genas, ohne zu ahnen, welch tödlichen Keim sie in seinem Leibe hinterlassen. Dann aber, nach einem heißen Gefechtsstage abends — ein Kamerad hatte noch am Gewehr zu tun; hilfsbereit sprang unser Hans hinzu — ein Knall, ein Schrei — mit zerschmettertem Oberschenkel lag Hans da. — Wochenlang lag er im Feldlazarett, mit dem Leben kam er davon, auch sein Bein sollte er behalten, wenn er Geduld hat. Dann kam er in ein Reserve-Lazarett. Zwar mußten die Knochen noch einmal auseinandergerissen werden, aber er hatte Geduld. Jedemal, wenn eines seiner Angehörigen bei ihm war, konnte es über einen kleinen Fortschritt berichten, trotzdem er siebenmal operiert werden mußte. 6 Monate schon lag er, — im Gipsverband, von der Brust bis über die Knie. Da, was war das? Hohes Fieber, heftige Schmerzen im Leibe, — rafflos waren die Kräfte — endlich hatten sie es. Die Folgen der Ruhr, Nierenentzündung. Aber er zwang sie. Nun waren die Knochen zusammengeheilt, wenngleich das rechte Bein beinahe zehn Zentimeter kürzer war wie das linke. Bald wurden die ersten Gehversuche unternommen. Sie gelangen, und nun war der Tag nicht mehr fern, wo der erste Urlaub in die Heimat angetreten werden sollte. — „Kann ich nicht zu Pfingsten bei Euch sein, so aber gleich nach Pfingsten“ — so hatte er seinen Lieben daheim geschrieben. Am 4. Feiertag sollte der letzte Gipsverband abgenommen werden; er kommt's nicht erwarten. Schon Heiligabend hat er stürmisch darum. Da sagt der Arzt: „Ihr Aussehen gefällt mir gar nicht, gleich werd' ich Sie mal gründlich untersuchen“ — und richtig — schwere Nierenentzündung. Sofort hinlegen. — Zwei Tage noch hat er schwer gelitten, dann schloß er die Augen für immer. — Ein goldenes Herz hatte gehört zu schlagen.

Derweil sitzen die Angehörigen zu Haus und warten auf das Telegramm, das ihnen die Ankunft des Sohnes, Bruders, Bräutigams ankündigen soll. Endlich betritt der Telegraphenbote das Haus. Alles stürzt ihm entgegen. Jedes will zuerst wissen, wann — „Sohn Hans gestorben“ steht drin. — Viele, viele solcher Herzen haben ihren Schlag für immer eingestellt. — Ein unerfesslicher Verlust, nicht nur für die nächsten Verwandten, nein, für die ganze Menschheit. — Wie lange noch?

## Um die Ludendorff-Spende.

Es sind ihrer nicht wenige, die als Kriegsbeschädigte heimgekommen und die auf fremde Hilfe angewiesen sind. Viele haben auf Unterstützung verzichtet soweit sie das konnten. Andere wieder müssen Unterstützung in Anspruch nehmen. Diese Renten sind sehr minimal. Und diejenigen, die keinen Erwerb haben, sind am schlechtesten daran. Aus diesem Grunde ist es die vornehmste Pflicht des Reiches, ausreichende Renten denen zu geben, die ihre gesunden Glieder im Kriege geopfert haben. Dieser Pflicht ist das Reich nur in ganz unzureichender Weise nachgekommen und deshalb muß mit aller Entschiedenheit die Forderung erhoben werden, daß die Kriegsbeschädigten mit angemessenen Renten bedacht und nicht mit Almosen abgefunden werden.

Neuerdings versucht man die Privatwohlfahrtskassen mobil zu machen, um Mittel zusammenzubringen, in besonderen Fällen Hilfe zu leisten. Eine Reihe Personen haben sich zusammengetan und einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, in dem zur Sammlung von Geldern aufgefordert wird. Auch die Generalkommission der Gewerkschaften durfte dabei nicht fehlen. Die Arbeiter sollen selber recht kräftig sich an der Sammlung beteiligen, obwohl gerade sie unter der Teuerung und der Knappheit der Lebensmittel stark zu leiden haben. Wenn die besitzenden und aus dem Kriege große Gewinne ziehenden Leute für Wohlfahrtszwecke Gelder opfern, so ist dagegen nichts zu sagen; Verwendung wird sich schon finden. Aber die große Masse der Arbeiter zu solchen Opfern noch aufzufordern, dieselben Leute, die ohnehin schon täglich die schwersten Opfer bringen, das geht doch über die Hutchnur. So sehr man den Kriegsbeschädigten alle Hilfe wünschen kann, so sehr muß immer wieder und wieder festgehalten werden, daß Hilfsbedürftige aus dem Kriege nicht auf die Privatwohlfahrtskassen verwiesen werden dürfen, sondern daß sie einen Rechtsanspruch erheben.

Dazu kommt, daß für diese neueste Sammlung die Arrangeure sich den Namen Ludendorff gewählt haben. Der Name Ludendorff ist ein bekannter Heldennamen. Aber in neuerer Zeit sind die beiden Namen Ludenburger und Ludendorff auch zu einem politischen Programm geworden, mit dem vornehmlich die Alldeutschen hausieren gehen und für ihre Politik des Macht- und Gewaltfriedens ausnützen. Und von diesem Gesichtspunkte aus haben viele Arbeiter ganz instinktiv zu der Ludendorff-Spende sich ablehnend verhalten.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hatte aufgefordert, die Gewerkschaften möchten für die Ludendorffspende wirken. Die Bielefelder freien Gewerkschaften haben beschlossen, es abzulehnen, dem Ortsausschuß der Ludendorffspende beizutreten. Die „Bielefelder Volkswacht“, die immer schon stark reformsozialistisch war, begründete in ihrer Nummer vom 20. Mai den Beschluß wie folgt:

Die Vertreter der freien Gewerkschaften haben der Einladung keine Folge leisten können. Sie hätten sich mit einer Aufforderung zur Beteiligung an der Spende in einen bewußten Gegensatz zu den Teilen der Arbeiterklasse gesetzt, zu deren Vertretung sie bestellt sind. Unter den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern besteht nicht die geringste Neigung, sich an der Spende zu beteiligen. Wenn auch der gute Zweck, mit dem Entschlossenheit der Spende das Los der Kriegsschädigten zu mildern, voll anerkannt und gewürdigt wird, so ist andererseits nicht zu bestreiten, daß die Verbindung der Spende mit dem Namen des Ersten Generalquartiermeisters eine Dotation für diesen bedeutet, und daran möchten sich die Arbeiter nicht beteiligen.

Ludendorff gilt in den Kreisen der Arbeiter als ein Vertreter der Richtung, die sich in der Außenpolitik im Sinne eines Gewaltfriedens und im Innern im Sinne der Hinauszögerung freiheitlicher Reformen betätigt. Ob diese Auffassung richtig ist, wissen wir nicht. Aber die Arbeiter wissen, daß die Alldutschen und Vaterlandsparteiler Ludendorff für sich reklamieren. Es ist nichts bekannt geworden, was dem widerspricht, vieles aber ist zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangt, was diesen Eigentumsanspruch der Vaterlandsparteiler als berechtigt erscheinen läßt. Wenn ein Protest dagegen bisher nicht hervorgetreten ist, so liegt das an den besonderen Verhältnissen der Kriegszeit, die wir wohl kaum näher anzudeuten brauchen. Hier aber haben die Arbeiter Gelegenheit, ihre Auffassung zum Ausdruck zu bringen.

Der „Vorwärts“ ist mit dieser Haltung der Bielefelder sehr unzufrieden und sucht in längerem Darlegungen das Verfehlte dieser Auffassung nachzuweisen. Maßgebend sei der Zweck, nicht der Name Ludendorff, den auch er lieber vermeiden gesehen hätte. Er läßt durchblicken, daß die Bielefelder Auffassung etwas mit den unabhängigen Verwandten habe. Dem müssen wir widersprechen. Immer schon hat sich die parlamentarische Vertretung der Sozialdemokratie gegen die Verweigerung Anspruchsberechtigter an die Privatwohlthätigkeit gewendet, besonders dann, wenn die Arbeiter auch dabei noch die Leidtragenden sein sollten. Dann aber hat auch die Geschäftshuberei mit ausgesuchten Namen uns immer schon Anlaß gegeben, noch besonders „Kühl bis ans Herz hinan“ derartigen Reklamen gegenüber zu stehen.

Es ist noch gar nicht lange her, als die Städte angegangen wurden, Mittel für eine Hindenburgspende herzugeben, die zur Errichtung von Soldatenheimen bestimmt sein sollte, einem an sich ganz guten Zweck. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wendeten sich unabhängige und Abhängige in gleichem Maße gegen diese Bewilligung, einmal, weil es Sache des Reiches sei, ausreichende Hilfe zu leisten, und zweitens, weil der Name Hindenburg gerade im Augenblick in politischer Beziehung ein Programm darstelle, das annexionsmäßig angesehen würde. Und es ist angeht des „Vorwärts“-Artikels über die Ludendorffspende gar nicht uninteressant, daran zu erinnern, daß der Redner der sozialdemokratischen Fraktion im Rathause, der die ablehnende Haltung seiner Freunde zur Hindenburgspende begründete, niemand anders als das Mitglied des Parteivorstandes Pfannkuch war. Immer mehr gilt heute bei den Reformsozialisten der Wille der Generalkommission. Sie regiert die Reformsozialisten, ihr müssen sich die Herren in der Lindenstraße immer mehr beugen, was allerdings bei ihrer bisherigen Geschmeidigkeit nicht schwer fallen dürfte.

## Rußland und Rumänien.

Das Organ der linken Sozialrevolutionäre „Snamia Truda“ veröffentlicht in seiner Nummer vom 19. April eine Unterredung mit dem rumänischen Genossen Kalowosky, der jetzt an der Spitze der russischen Delegation die Friedensverhandlungen mit der Ukraine leitet. Dieser Bericht enthält eine Reihe interessanter, hier wenig bekannter Daten aus der Vorgeschichte des russisch-rumänischen Konflikts, der sich in der letzten Zeit, angesichts der immer deutlicher hervortretenden Ansprüche Rumaniens auf Besarabien, mehr und mehr zuspitzt und einen neuen Krisenherd im nahen Osten geschaffen hat. Nach den Angaben Kalowoskys liefern die Geheimdokumente des russischen Ministeriums des Äußeren den schlagenden Beweis dafür, daß die rumänische Regierung schon zur Zeit Kerenskis sich rüstete, Besarabien an sich zu reißen. Im Dezember v. J. schien der Augenblick zur Verwirklichung dieses Planes gekommen: die rumänische Armee marschierte in Besarabien ein, während die rumänische Diplomatie den Konflikt zwischen der Entente-Diplomatie und der bolschewistischen Regierung auszunutzen suchte, um die Zustimmung der Entente zur Annexion Besarabiens zu erlangen. Der Umschwung in der Ukraine und der zwischen den Mittelmächten und der kleineren Rada abgeschlossene Friede führte eine plötzliche Schwendung in der Politik Rumaniens herbei. Die rumänische Regierung schien damals nicht abgeneigt, sich mit Rußland zu verständigen und nach Räumung Rumaniens alle ihre militärischen Kräfte auf russischem Boden zu sammeln. Um diese Zeit kam der bekannte Vertrag zwischen Rumänien und den Vertretern der Sowjetregierung zustande, wonach Besarabien von rumänischen Truppen geräumt werden sollte. Bald danach trat aber in der rumänischen Politik eine neue Schwendung ein. Die Regierung General Averescu

machte dem Kabinett Marghilomans Maß, das die aggressive Politik gegenüber Besarabien mit verstärkter Energie wieder aufnahm.

Diese Politik, die durchaus den Wünschen der rumänischen Großgrundbesitzer entsprach, fand Unterstützung bei den Vertretern der Mittelmächte. So wurde mindestens jener Passus der Rede Cernino aufgefahrt, in dem dieser erklärte, die Zukunft Rumaniens liege im Osten und die Bevölkerung Besarabiens liege auf der Seite Rumaniens.

In Wirklichkeit hegt die Bevölkerung Besarabiens, die zum größten Teil aus Bauern besteht, eine heftige Abneigung gegen den Anschluß an Rumänien. Diese Abneigung wurzelt vor allem in dem sozialen Gegensatz zwischen dem von allen Lasten befreiten Bauern, dessen Streben nach Land und Freiheit in der Revolution Erfüllung fand, und der rumänischen Herrschaft, die nun, im Bunde mit den ehrstulischen Junkern, auch in Besarabien ihre Feudalherrenschaft aufzurichten will. Der Bauernlangweil in Rischneiv hat einstimmig gegen die rumänische Okkupation protestiert, und die Bewegung gegen die Angliederung Besarabiens an Rumänien ist so stark, daß auch die besarabische Landesregierung, die früher den rumänischen Einmarsch begrüßte, sich diesem Protest angeschlossen hat.

Nun ist auch in Besarabien ein schnell improvisierter „Landtag“ auf der Bildfläche erschienen, um die Annexionsgelüste der rumänischen Bojarenherrschaft zu unterstützen. In den Odesaer Zeitungen konnte schon am 26. März die Zusammenkunft dieses „Landtages“ angegeben werden. Er besteht zum größten Teil aus Mitgliedern einer Delegation besarabischer Großgrundbesitzer, die sich nach Rumänien begeben hatte, um bei der dortigen Regierung gegen — die besarabischen Bauern Hilfe zu suchen. An der Spitze dieser Delegation standen die „Ghrusien“ Einadino, Semigradow, Glawische, Stamerow, Jermolin und andere Freunde der verächtlichen Pogromisten Krutacew und Purischewitsch. Die Leute üben nun, angeblich im Namen des Volkes, die „Selbstbestimmung“ der Bevölkerung Besarabiens aus.

Ueberflüssig zu sagen, daß die Herrschaft dieser Leute keinen Boden im Lande hat und sich nur mit Hilfe fremder Bajonette halten kann. Hierzu kommt noch die Konflikte mit der Ukraine und Großrußland, wenn die Annexionswünsche der rumänischen Oligarchie Erfüllung finden. Die sozialen und nationalen Konflikte und Reibungen würden aus der besarabischen Erde einen nie verhegenden Brandherd im Osten machen. A. S.

## Eine Mahnung.

Von Paul Selle

Einem Brief, in dem unser Genosse Selle seinem Schmerz über die trübe Gegenwart des Sozialismus Ausdruck verleiht, entnehmen wir die folgende, beherzigenswerten Sätze. D. Red.

Wenn das Beschimpfen und Herunterreißen der Scheidemann und Genossen, wie es an Hobeibank und Schraubstock im Uebermaß geübt wird, einer Partei die Anhänger in Scharen zuführen konnte, dann wäre allerdings die Durchbringung der Massen mit unseren Ideen ein Kinderspiel. Aber wie sieht's denn in Wirklichkeit aus? Haben wir den Adam der alten Partei wirklich schon so gründlich ausgezogen, daß bei uns alle Eigenbröckel ausgeschert, eine Rolle zu spielen und wir unter parteipolitischen Handeln nur nach den großen Gesichtspunkten einer idealen Weltanschauung einsteilen?

Leider nein! Denn auch wir haben uns der alten Schablone noch nicht entwidmet, die an rein Neugierlichem hasset und zetermordend schreit, wenn einmal ein Mandat stotzgeht. Gerade aber für uns ist in erster Linie der Laßalleiche Satz geschrieben: „Was ist!“ Und da wollen wir zunächst feststellen, daß alles Beschimpfen auf die Sozialdemokratie Scheidemannscher Richtung noch lange nicht den Beweis erbringt, der schwarze Kritiker sei sich des grundsätzlichen Gegensatzes zwischen Abhängigen und Unabhängigen auch bewußt. Wer wollte die große historische Aufgabe bestreiten, die das Sozialistische der alten Sozialdemokratie zugewiesen? Der geradezu niederschmetternde Zusammenbruch ihrer Anpassungspolitik hat in glänzender Weise bestätigt, was die Marx'schen „Dogmatiker“ kautskyscher Richtung also die altmodischen Internationalen nicht müde wurden, den Massen wieder und wieder zu predigen: daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk ihrer eigenen Tätigkeit sein könne.

Die kapitalistische Gesellschaft läßt sich nichts ablassen, sie arbeitet nicht mit Gefühlswerten. Wie Patriotismus, Vaterlandsliebe je nach Konjunktur im Kurszettel der Börse sich widerspiegeln, so spielt natürlich die nüchterne Zahl der Arbeiterklasse gegenüber erst recht die Hauptrolle. Nicht die Masse an sich wird in Rechnung gestellt, sondern die Zahl der aufgeklärten Köpfe!

Das, liebe Genossen, ist des Pudels Kern! Die Köpfe aufheulen, sie mit den Ideen des unwirksamsten Sozialismus erfüllen, jeden einzelnen von seinen besonderen Werte für die Gesellschaft zu überzeugen.

Das ist nicht leicht. Und diese Arbeit kann nur dann Erfolg haben, wenn bei uns Worte und Handlung im Einklang stehen.

Uns in der Werkstatt Tätigen wird der Hauptteil dieser Aufklärungsarbeit zufallen. Darum müssen wir ständig an uns arbeiten, tiefer und tiefer in das Gebiet sozialistischen Denkens einzudringen suchen, damit wir unseren Arbeitskollegen auch mit Argumenten aufwarten können. Dann wird auch die Sucht aufhören, alle Fehlschläge in der Politik dem unfähigen oder verräterischen Führer aufzuballen. Denn dieser Führer ist ja nichts anderes als das Produkt unserer grenzenlosen Denk- und Handlungsfaulheit.

O, was hatten wir nicht für eine Tat vollbracht, wenn wir unsern Abgeordneten nach fünf Jahren wiederum zu seinem Mandat verabschiedet hätten! So hätten wir nun wieder fünf Jahre schlafen. Treu und brav bezahlten wir unsere Beiträge. Im Vorangehen hatten wir dann übermäßig zu tun mit der Abtrottelung von italienischen Nachten, Monatsheften und Maskenbällen innerhalb unserer Kasernen, Laubenzucht, Rauch-, Lotterien, Spa- und Gesangsvereine, so daß wir nicht einmal Zeit fanden, irgendeinen „langweiligen“ Vortrag am Jahlabend zu besuchen. Wir wuchsen, der Vorstand wird die Riste schon schieben.

Am langweiligsten aber wurde die Geschichte, wenn einige vom „Bildungssinn“ besessene Genossen uns mit ihren aufklärenden oder bildenden Beratschaltungen beglücken wollten. Da ging man doch einfach nicht hin!

Dann kam die große Katastrophe im August 1914. Was werden unsere Führer tun? Diese Frage drängte sich wohl allen Genossen auf. Und als sie marschieren mußten — ja, da hat man wohl manche Bemerkung auf die Führer ausgesprochen hören. Aber hatten diese Führer nicht Vollmacht? Es konnte eben nicht anders gehen und wird auch in Zukunft sich wiederholen, wenn die Massen nicht endlich ihre Vertrauensmisset, ihren Autoritätsglauben aufgeben. Jeder Führer soll seine Direktion von euch bekommen, ständig soll ihr euren Führer kontrollieren! Dazu aber müßt ihr euer altes Rüstzeug gewaltig aufbessern. Höchstes Ziel jedes einzelnen unter uns muß sein, den Führer jederzeit ersetzen zu können. Nicht in dem Sinne, daß man es der ein Bebel oder Marx werden soll. Jeder unter uns hat seine besonderen Fähigkeiten, und in unserer Partei ist für alle diese Fähigkeiten auch ein entsprechendes Arbeitsgebiet.

Niemand hat in Zukunft mehr das Recht, zu behaupten, auf ihn komme es nicht an. Solche Behauptungsgründe haben keinen Kurwert mehr. Die Verweigerung solcher füratürlichen Katastrophen für alle Zukunft am Herzen liegt, der muß etwas von seiner geliebten Bequemlichkeit opfern.

Räumt daher auf mit der alten verhängnisvollen Phrasen, das Gros unserer Güter bestiehe aus 1000er Idolen. Ach nein, immer stellen sie uns ihre besten Köpfe, ihre tüchtigsten Redner entgegen. An uns liegt es, in Zukunft nicht nur die größere Zahl der selber, sondern auch der sätigen Köpfe in die Kampflinie zu stellen. Dann kann gar nicht fraglich sein, wenn der Sieg zufallen muß.

Nichts verlogener, als daß die Marx'sche Geschichtstheorie lehre, die Arbeiter brauchen gar nichts zu tun, die Entwicklung besorge alles selber, und selber, und eines schönen Tages wachen wie in dem Schlafaffenland—Zimmitsstaat auf. Gerade alle unsere Theoretiker, die den Grundgedanken des internationalen Sozialismus treu geblieben sind, verriethen, daß die Arbeiterklasse bewußt in den Gang der Entwicklung eingreife, um diese im Sinne ihrer Weltanschauung wirken zu machen. Dazu aber ist nötig, daß der Sozialismus uns nicht ein inhaltsloser Begriff bleibt. Nicht das Gefühl allein entscheidet, sondern die sozialistische Weltanschauung muß für jeden unter uns zu einem Erlebnis, muß verinnerlicht werden. Dann erst haben wir die Bewußtheit, einen Kampf zu bestehen, der so verhängnisvolle Irrungen ausschließt, wie sie zum Zusammenbruch der Politik der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion geführt hat.

## Aufhebung des Belagerungszustandes in Königsberg.

wurde am 29. Mai in der Stadtverordnetenversammlung von den sozialdemokratischen Stadtverordneten beantragt und auch in der Debatte von liberalen Stadtverordneten unterstützt. Stadtverordneter Lubbring (abhängiger Sozialdemokrat) bemerkte, daß der Verlauf des Krieges gezeigt habe, daß wir keinen inneren Feind haben, gegen den sich der verschärfte Belagerungszustand richten könne, auch die unabhängigen Sozialdemokraten hätten erklärt, daß sie einen Sieg der Entente gegenüber Deutschland nicht wünschten. Stadtverordneter Linde (unabhängiger Sozialdemokrat) zeigte an mehreren trassen Fällen von Beurteilungen durch das außerordentliche Kriegsgericht, daß die Handhabung aller Verordnungen, die auf Grund des verschärfte Belagerungszustandes von der Königsberger Militärbehörde erlassen sind, nichts mit der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung zu tun habe, noch weniger mit dem Schutz gegen äußere Gefahren. Die Mitteilung dieser trassen Fälle erregte allgemein große Sensation. Auch bürgerliche Stadtverordnete erklärten, es liege kein haltbarer Grund vor, für ein Weiterbestehen des jetzigen Zustandes in Königsberg. Unsere Pflicht ist es, dafür zu sorgen, daß heimlich schleichende Erbitterung in unserer Bevölkerung aufhören kann, zu sorgen, daß wir wieder einmal vollen Rechtsschutz genießen.

Nur der Oberbürgermeister Rörte glaubte die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes rechtfertigen zu müssen, trotzdem er zugab, daß ihm schon im Februar 1915 von militärischer Seite mitgeteilt worden ist, daß die Festung Königsberg nicht mehr als bedroht anzusehen ist und der verschärfte Belagerungszustand beseitigt sei. Nach sehr eingehender Debatte wurde schließlich wenigstens der von liberaler Seite gestellte Antrag

„den Magistrat zu ersuchen, bei den zuständigen Stellen dahin zu wirken, daß der verschärfte Belagerungszustand (außerordentliche Kriegsgerichte) für Königsberg aufgehoben wird“

mit großer Mehrheit angenommen, während der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung des ganzen Belagerungszustandes mit großer Mehrheit abgelehnt wurde.

Der Magistrat ist dem Beschlusse einstimmig beigetreten.

# Für unsere Jugend.

## Eine neue Gefahr!

Fast unbemerkt, aber sicher schließt sich der Kreis der im Großen angelegten bürgerlichen Jugendpflege. Vereine und Vereinen aller Art, kirchlichen und neutralen Charakters, christliche Jünglings- und Jungfrauenvereine, neutrale Jugendclubs, Lehrlingsvereine, die Pfadfinder, der Jungdeutschlandbund, bürgerliche Turn- und Sportvereine und vor allem die Jugendkompagnien sind am Werke, um nach der schulentlassenen Jugend zu greifen. Alle diese Vereine haben ihre besondere Eigenart entwickelt und allen Reigungen der Jugend wird dadurch Rechnung getragen. So bunt und zerfahren diese bürgerliche Jugendbewegung auch auf den ersten Blick aussieht, in Wirklichkeit ist sie es nicht. Schon längst hat man verstanden, diese verschiedenen Vereine mit ihren besonderen kirchlichen und nationalen Interessen unter einen Hut zu bringen.

Als die proletarische Jugend auf der Bildfläche erschien und ihren Jugendorganisationen die Arbeiterjugend in Scharen zuströmte, da stellte man im Bürgertum alle Sonderbestrebungen in der Hauptsache beiseite. Man ließ wohl alle Jugendvereine bestehen und ihre Jugendarbeit in gewohnter Weise besorgen, aber darüber hinweg schaffte man eine Jugendpflegeorganisation, die der bürgerlichen Jugendbewegung eine gewisse einheitliche Richtung geben sollte. Die Ausschüsse für Jugendpflege, wie sie sich nannten, waren eine Zusammenfassung der Leiter aller bürgerlichen Jugendvereine am Orte, die in besonderen Zusammenkünften alle gemeinsamen Angelegenheiten der Jugendvereine regelten, wie die Vermittlung von Vorträgen und Rednern, Führung durch Museen, Weiterbildung der Jugendleiter, Herausgabe von Druckchriften, Schaffung von Jugendsekretariaten usw.

Aber nicht nur am Orte wurden solche Jugendpflegeausschüsse gegründet. Man ging dazu über, Kreis- und Provinzialorganisationen als Oberbau zu schaffen, so daß ein ganzes Netz von Ausschüssen die bürgerliche Jugendbewegung geistig beeinflusste. Aber auch materiell wurde diese Jugendpflegebewegung reichlich versorgt. Und zwar wurden für diese Zwecke immer größere Summen von der Regierung zur Verfügung gestellt. Das preussische Abgeordnetenhaus bewilligte zum Beispiel im Jahre 1911 eine Million, 1912 eineinhalb Millionen, 1913 zweieinhalb Millionen und 1914 dreieinhalb Millionen Mark für diese bürgerliche Jugendbewegung. Die gewaltigen Summen lassen erkennen, wie wichtig man seitens des Staates die Beeinflussung der Jugend durch die Jugendpflegeausschüsse hielt. Die Anregung zu dieser zusammenfassenden Arbeit ging in der Hauptsache von der „Zentralstelle für Volkswohlfahrt“ aus, die denn auch auf diesem Gebiete das möglichste leistet. Durch diese Arbeit und den Einfluß der Jugendpflegeausschüsse blieb es auch nicht aus, daß für diese Zwecke und die sonstigen Jugendfürsorgemaßnahmen von den Kommunen sogar besondere Jugendämter geschaffen wurden.

Die städtischen Jugendämter, von denen bis jetzt schon 21 in Deutschland bestehen, stellen die entwickeltste Form der bürgerlichen Jugendpflege dar. Hier haben die bürgerlichen Jugendvereine ihren materiellen und organisierten Mittelpunkt. Mit Hilfe dieser Jugendämter werden vor allem ihre Interessen besorgt und indirekt wird die proletarische Jugendbewegung damit bekämpft. Man wird einwenden: „Wir sorgen auch für die Arbeiterjugendvereine, wir geben einen Zuschuß zum Jugendheim, wir besorgen Spielplätze usw.“ Das glauben wir. Wenn nämlich ein solcher Jugendverein sich von einem bürgerlichen nur dem Namen nach unterscheidet und wenn er zum Beispiel im Sinne der abhängigen „Zentrale für die arbeitende Jugend“ wirkt, dann wird für ihn auch noch ein Brocken vom Tische der bürgerlichen Jugendpflege abfallen. Aber sobald es sich um einen wirklichen freien Jugendverein handelt, der rücksichtslos den Kampf aufnimmt gegen Ausbeutung und Verdummung, für Jugendschutz und Aufklärung, dann paßt er nicht in den Rahmen dieser Jugendarbeit, dann verlegt er Unternehmerinteressen und das ist noch keinem bürgerlichen Jugendverein beigemessen. Dann ist auch für die freie Jugend nichts zu bekommen, trotzdem die

Jugendämter auf Kosten aller Steuerzahler unterhalten werden.

Daß wir mit unserer Ansicht recht haben, wird sich übrigens hier in Berlin bald zeigen. Seit dem 1. Mai d. J. haben wir nämlich auch hier ein solches Jugendamt, das allerdings nicht nur für diese Jugendarbeit allein besteht, sondern auch alle mit der Jugendfürsorge zusammenhängenden Aufgaben zu erledigen hat. Aber einen breiten Raum wird die Jugendpflege einnehmen, das läßt schon die Wahl des Direktors des Jugendamtes erwarten. Als solcher ist nämlich der Lizentiat Siegmund-Schulke von der „Zentralstelle für Volkswohlfahrt“ gewählt worden. Aus einer Unterredung, die der neue Direktor mit einem Zeitungsmann hatte, erfährt man denn auch, daß das Berliner Jugendamt neben der Jugendfürsorge auch die Jugendpflege ausüben wird. Die beiden Ausschüsse für Jugendpflege und Jugendfürsorge sollen als parlamentarische Grundlagen des Jugendamtes aufgefaßt werden. Also wird sich hier der Einfluß des bürgerlichen Aus-

sehen Jugendamtes als das bezeichnet werden, was es für die proletarische Jugend ist: Eine neue Gefahr!

P. Sch.

## Das Seltgelage der Siebzehnjährigen.

Unter dieser Ueberschrift, die sich auch ganz gut für einen jugkräftigen Kinofilm eignen würde, finden wir folgende Notiz in der Presse:

In welcher unruhiger Weise jugendliche Munitionsarbeiter, die sich offenbar auch schon als Kriegsgewinnler fühlen, ihre hohen Löhne vergeuden, zeigte wieder einmal eine Verwandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte. Wegen Uebertretung der Polizeistunde war der Geschäftsführer der Gastwirtschaft „Zum Gerstenast“ in der Schauffeestraße, Louis Nedra, angeklagt. Der Angeklagte war durch antisozialistische Strafbefehl in eine Geblöde von 150 M. genommen worden, weil er wiederholt sein Lokal jugendlichen Munitionsarbeitern zur Veranstaltung von Seltgelagen, die sich bis 2 Uhr morgens hinziehen, zur Verfügung gestellt hatte. Wie der Kellner Zahl, der die Anzeige erstattet hatte, bekundete, sei es gar keine Seltenheit gewesen, daß die siebzehnjährigen jungen Leute mit ihren „Bräuten“ eine Seltzeche von 500 bis 600 Mark machten. Ein 17 Jahre alter Arbeiter gab bei dieser Gelegenheit als Zeuge an, daß er in jeder Woche rund 200 Mark verdiene. Der von dem Angeklagten gegen den Strafbefehl erhobene Widerspruch wurde auf Grund der Zeugnisaussagen zurückgewiesen.

Nach dieser zurechtgemachten Notiz sind also die jugendlichen Munitionsarbeiter die Angeklagten, und der offensichtlich Zweck dieses Berichtes ist auch voll auf erreicht worden. Die braven Leser unserer Sensationspresse hatten nach dieser Gerichtsverhandlung das lebhafteste Morgengespräch über die „hohen Löhne“ der Munitionsarbeiter und die Verwahrlosung unserer Jugend und als des Morgens die richtigen Kriegsgewinnler beim starken Kaffee so langsam nüchtern wurden, da kannte ihre Entrüstung sicher auch keine Grenzen.

Da fragen wir, wo hat man sich denn bisher in den Zeitungen über die Seltgelage derjenigen entzündet, die ohne zu arbeiten, nur auf Grund ihres Kapitals, das sie in der Kriegsindustrie anlegen, zu den riesenhaften Kriegsgewinnen kommen, die nicht wie die jungen Munitionsarbeiter bei schwerer Arbeit, beim Lärm der Maschinen und bei langer Arbeitszeit sich ausbeuten lassen müssen? Ist es wohl nicht selbstverständlich, daß der Arbeiter nach höchster körperlicher Anspannung nach irgend einer Freude sucht? Ist es ein Verbrechen gewisser Kreise, Selt zu trinken? Sped und Schinken kann sich keiner kaufen. Das gibt es doch von Nichtswegen nur in sehr, sehr beschränktem Umfange. Findet man nur noch etwas dabei, daß ein 17jähriger junger Mensch 200 Mark die Woche verdient? Das ist doch ein Lohn bei den jetzigen enorm hohen Preisen aller Verbrauchsartikel, der gerade ausreicht. Und wenn andere Arbeiterschichten solche Löhne nicht bekommen, dann ist doch damit nur bewiesen, daß sie zu gering entlohnt werden.

Einen Erfolg hat sicher dieses „Seltgelage“ gehabt. Vielen sind die Augen darüber geöffnet worden, daß die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung es mit sich bringt, daß auf der einen Seite ein 17-jähriger einen ausreichenden Lohn zum Leben erhält, während auf der anderen Seite ein Familienvater mit einem Trümpel nach Hause gehen muß.

## Gausjudung bei einem Jugendlichen.

„B. Z. W.“ verbreitet folgende Notiz: „Interessante Aufschlüsse über die landesverbreitete Tätigkeit eines deutschen Fahnenflüchtigen in der Schweiz ergab eine Hausjudung, die die Polizei Ende April bei dem der sozialdemokratischen Jugendorganisation angehörenden 16jährigen Georg Müller in Berlin-Friedenau vorgenommen hat. Er zeigte sich, daß ein gewisser Felix Lewinsohn, der vor dreiviertel Jahren in die Schweiz desertiert und dort der internationalen sozialistischen Jugendorganisation beigetreten war, zahlreiche Versuche unternommen hatte, durch Geheimchris in äußerlich harmlosen Briefen den revolutionären Gedanken gerade in Jugendkreisen nach allen Kräften zu fördern. Eine umfangreiche Korrespondenz und viele revolutionäre Heftschriften und Flugblätter fielen der Polizei in die Hände. Auch wurden ihr zahlreiche Dedaktesen bekannt, die Lewinsohn abgegeben hatte, um seinerseits unauffällig Nachrichten aus Deutschland zu bekommen und so eine dauernde Verbindung mit seinen Gesinnungsgenossen herzustellen. Müller, ein noch unreifer Knabe, war völlig geständig, Lewinsohn mehrfach den Empfang von Sendungen befähigt und ihm auch seinerseits revolutionäres Material (Streitberichte, Flugblätter usw.) zugesandt zu haben.

Der Fall zeigt wieder deutlich, wie gewissenlos die Hege im Auslande arbeiten, indem sie sich nicht scheuen, unreife, phantastische Jünglinge, die nicht ermessen können, welche namenloses Übel eine Revolution für unser Volk mit sich bringen würde, für ihre hochverräterischen Zwecke auszunutzen.“

## Aus der österreichischen Jugendbewegung.

Unsere österreichischen Freunde haben seit jeher ihre volle organisatorische Selbständigkeit gegenüber der politischen und gewerkschaftlichen Organisation gewahrt. Sie konnten deshalb über die Richtung und das Ziel ihrer Jugendarbeit selbst bestimmen. Abgesehen von einigen Meinungsverschiedenheiten, die durch das Verhalten des Zentralvorstandes der Ju-

## An die Arbeiterjugend!

Nun kammert unser Hoffen mehr als immer,  
Ihr Jungen, sich aufs innigste an Euch.  
Los reißt wir den Blick vom Feld der Trümmer  
Und sehet euch — und siehe, wir sind reich

Wenn Männer zahllos wie die Halme sinken  
Und mancher an dem Heute fast verzagt —  
Ihr lehret uns, daß neue Saaten wintern  
Und daß ein neuer Morgen morgen tagt.

Auf euren Schultern, laum, daß sie es spüren,  
Ruht jetzt die Zukunft einer ganzen Welt.  
Ihr sollt uns stützen, sollt uns drängen, führen,  
Ihr seid der dämmerdunklen Zukunft Held.

Ihr werdet, reist, verheißet uns Erfüllen  
Und stärkt die Jagenden mit Zuversicht.  
Ihr sollt vereinst die Angst, die Hoffnung stillen,  
Ihr seid die Retter, ihr seid das Gericht.

Macht uns nicht irre, werdet uns nicht irre  
Im ungeheuren Umsturz dieser Zeit.  
Bleibt stark und treu, bis alles sich entwirrt,  
Denn euer ist die Kraft und Herrlichkeit!

Rudolf Franz.

Schusses direkt geltend machen können. Wir hören auch, daß im Jugendamt neben den städtischen Beauftragten usw. auch die Vertreter von Schule und Kirche vereinigt werden sollen. Also auch hier der Einfluß der Einrichtungen unserer Gesellschaft, die schon die Jugend von klein auf im rückwärtslichen Sinne beeinflussen. Die Frage, ob der Direktor des Jugendamtes Lehrer, Arzt oder Jurist sein soll, wurde damit beantwortet, daß hier allein der Jugendpfleger in Betracht komme. Also geht die Entwicklung in der oben angedeuteten Richtung sehr deutlich. Interessant ist die Bemerkung, daß diese Persönlichkeit Arzt oder Hausverwalter, Richter oder Geistlicher, Offizier oder Bäcker, Lehrer oder sozialdemokratischer Abgeordneter sein könne. Mindestens Abgeordneter muß ein Sozialdemokrat also sein. (Soll das etwa heißen, daß die regierungssozialistischen Abgeordneten durch ihr Verhalten im Parlament den Befähigungsnachweis für Wohlverhalten erbracht haben?) Einem sonstigen Anhänger der Sozialdemokratie fehlen demnach wohl die Qualitäten zu einem Jugendpfleger? Erwähnenswert ist die Forderung des Direktors, daß es eine Hauptaufgabe des Staates und der Städte sei, Seminare und Hochschulen für die Fakultät der Jugendpflege zu schaffen.

An diesen Beispielen ist schon unschwer zu erkennen, in welcher Richtung das neue Jugendamt wirken wird. Mögen auch die besten Absichten bei dem Leiter des neuen Amtes obwalten, für die gesamte Jugend zu wirken, die Tatsache bleibt bestehen, daß durch die systematische Zusammenfassung der bürgerlichen Jugendbewegung und durch die Bereitstellung von staatlichen und kommunalen Mitteln hierfür letzten Endes die freie Jugendbewegung bekämpft wird. Und deshalb muß auch die Errichtung des städti-

gend zu den Instanzen der Partei und Gewerkschaften hervorgerufen wurden, ist die österreichische Jugendorganisation vor ähnlichen Erscheinungen, wie sie sich innerhalb der deutschen Jugendbewegung durch die Bevormundung der Zentralstelle für die arbeitende Jugend" abgepielt haben, bewahrt geblieben. Unter diesen Umständen ist ihre Organisationsarbeit günstiger gestellt als die unsere. Während wir neu aufbauen müssen, können sie weiterbauen. Einen Einblick in die Art und Richtung ihrer Jugendarbeit bietet uns die letzten stattgefundenen Landeskonferenzen für Steiermark und Kärnten. Die Bewegung hat sich selbstverständlich unter den Kriegswirkungen gelitten, aber neuerdings gewinnt sie wieder an Boden. Besondere Fortschritte machte die Organisation der weiblichen Arbeiterjugend, was darauf schließen läßt, daß die weibliche Jugend besonders durch die Kriegsverhältnisse für unsere Ideen empfänglicher gemacht wird. Ein Referat über das Verhältnis zur Partei und zu den Gewerkschaften" zeigte, daß auch in Österreich die Fragen im Fluß sind, die auch anderwärts durch den Krieg aufgeworfen wurden. Eine Entschliebung, in der der Friedenssehnsucht und dem Friedenswillen der feierlichen Arbeiterjugend Ausdruck verliehen wird, wurde angenommen, ferner eine Entschliebung, in der es u. a. heißt: Die proletarische Jugendorganisation Steiermarks stellt mit Genugtuung fest, daß die Jugendinternationale während des Krieges aufrecht geblieben ist und emsigst über alle Grenzen hinweg der klassenbewußten Arbeiterschaft aller Länder ihre herzlichsten Grüße. Sie protestiert gegen die maßlosen Verfolgungen des internationalen Jugendsekretärs Münzenberg und erhebt Einspruch gegen das Verbot des internationalen Jugendorgans und der Zeitschrift "Freie Jugend".

### Organisationsfragen.

Die Jugendbewegung braucht zur Verwirklichung ihrer Ziele, zur Bildung und Erziehung ihrer Mitglieder, und nicht zuletzt zur tätigen Mitarbeit der Jugend selbst eine Organisationsform, die für die angeführten Zwecke die weitesten und freiesten Möglichkeiten bietet. Bisher hat sich die sog. feste Vereinsform zur Erfassung und zur Vertiefung der Jugend als die vorteilhafteste bewährt. Da-

mit ist nicht gesagt, daß es nicht auch ohne die besonderen Vereine geht. Die Geschichte der Jugendbewegung hat ja bewiesen, daß es mit der einfachsten Form der Jugendbewegung gehen mußte, wenn äußere Gezeiten die besonderen Jugendvereine nicht zuließen. Damit ist auch zugleich bewiesen, daß es nicht auf die äußere Form ankommt, sondern der Geist, der in unserer Jugend lebt, ist das Wesentliche. Und dieser frische, tatentriebe Geist hat auch dafür gesorgt, daß die Jugendbewegung trotz aller Beschneidung nicht niedergedrückt werden konnte. Die Jugendarbeit war ohne besondere Vereine wohl schwieriger und erforderlicher von dem Einzelnen mehr hingebender und Aufopferung, aber sie wurde dadurch wertvoller.

Wenn aber die Notwendigkeit für diese opfervolle Arbeit nicht gegeben ist, dann bleibt der Jugendverein die erfolgreichste Form der Jugendbewegung. Aber der selbständige Verein allein macht auch unter besseren Verhältnissen noch keine Jugendbewegung aus. Es kommt, wie gesagt, auf den Geist an, der in ihr lebt, auf den Willen der Jugend, für ihre Rechte zu kämpfen. Um diesen Geist zu pflegen, ist es notwendig, daß innerhalb des Jugendvereins die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden, damit auch alle Mitglieder erfaßt werden von dem Geiste der Bewegung. Denn die Organisation mit den sich ergebenden Verwaltungsarbeiten ist nicht ein Zweck der Jugendbewegung, sondern nur Mittel zum Zweck. Aber die Beschäftigung der Jugend mit den Organisations- und Verwaltungsarbeiten, die dem jugendlichen Verständnis vorerst viel näher liegt, als lange wissenschaftliche Vorträge, ist zugleich die beste Grundlage und Übung für die schwierigere geistige Bildungsarbeit. In diesem Sinne ist die organisatorische Mitarbeit der Jugend am Vereinsleben eine Voraussetzung der sonstigen Jugendarbeit.

Die freie Jugend will ihre Organisation auf breiterer Grundlage aufbauen, und die Demokratie soll sinngemäß, nicht nur dem Namen nach, zu ihrem Rechte kommen. Deshalb wird das bisher Geschaffene noch nicht das Fertige sein, sondern erst allmählich wird sich auch innerhalb der Organisation die beste Form durchsetzen.

Augenblicklich ist die "Freie Jugend Groß-Berlin" eine Zusammenfassung der Jugend in selbständigen Ortsgruppen,

die ihre Vereinsarbeit völlig selbständig und unabhängig von einander mit eigenen Gruppenleitungen besorgen. Für die richtunggebenden grundsätzlichen und organisatorischen Fragen ist die Generalversammlung von Groß-Berlin, an der alle Mitglieder teilnehmen können, maßgebend. Für die Beratungen über die gesamte Jugendarbeit besteht ein Zentralvorstand für Groß-Berlin. Er setzt sich zusammen aus einem Vorstand von 5 Personen (der die Verwaltungsarbeiten besorgt), und den von den Ortsgruppen gewählten Vertretern, deren Anzahl von der Mitgliederzahl der Gruppen abhängt.

Im Zentralvorstand laufen alle Vorschläge und Anregungen für die Jugendarbeit zusammen. Von den Beratungen darüber geben die Ortsvertreter in den Gruppenversammlungen Bericht, damit die Mitglieder durch Aussprache und Beschluß dazu Stellung nehmen können. Die Grundlage aller Vereinsarbeit bildet also die Gruppenversammlung; sie ist auch der Ausgangspunkt für alle Vorschläge, die dann im Zentralvorstand unter Mitwirkung der Vertreter aller Ortsgruppen weiter beraten werden. Um nun die Mitglieder immer rechtzeitig und zu gleicher Zeit von diesen Beratungen unterrichten zu können, damit als Vorbedingung der demokratischen Mitbestimmung bei allen jugendlichen die geistigen Voraussetzungen, d. h. durch eine rechtzeitige und vollständige Berichterstattung, gegeben sind, diese Vereinsarbeit nach einem einheitlichen Plan eingerichtet. Die Versammlungen der Ortsgruppen, in denen über die Fragen, die den Zentralvorstand beschäftigt haben, Bericht erstattet und gesprochen wird, finden regelmäßig statt. Für diese Versammlungen vermittelt der Zentralvorstand aus seiner Mitte Referenten. Die sonstigen Vereinsarbeit in der Ortsgruppen, wie Diskussionsabende und wissenschaftliche Vorträge usw. passen sich den Veranstaltungen von Groß-Berlin an. Als solche kommen in Betracht: die Generalversammlungen, Vortrags- und Diskussionsabende, künstlerische Veranstaltungen, Massenausflüge usw.

Durch diese Regelung der inneren Vereinsarbeit wird die Grundlage geschaffen für die selbständige Mitbestimmung der Jugend, und das Uebel aller unorganisierten Arbeit, die Verwirrung, wird in unserer Jugendbewegung keinen Platz finden.

### Lohnarbeit und Kapital.

Von Karl Marx.

Das Kapital kann sich nur vermehren, indem es sich gegen Arbeitskraft austauscht, indem es Lohnarbeit ins Leben ruft. Die Arbeitskraft des Lohnarbeiters kann sich nur gegen Kapital austauschen, indem sie das Kapital vermehrt, indem sie die Macht verstärkt, deren Sklave sie ist. Vermehrung des Kapitals ist daher Vermehrung des Proletariats, d. h. der Arbeiterklasse.

Das Interesse des Kapitalisten und des Arbeiters ist also dasselbe, behaupten die Bourgeois und ihre Oefonomen. Und in der Tat! Der Arbeiter geht zugrunde, wenn ihn das Kapital nicht beschäftigt. Das Kapital geht zugrunde, wenn es die Arbeitskraft nicht ausbeutet, und um sie auszubeuten, muß sie es laufen. Je rascher sich das zur Produktion bestimmte Kapital, das produktive Kapital vermehrt, je blühender daher die Industrie ist, je mehr sich die Bourgeoisie bereichert, je besser das Geschäft geht, um so mehr Arbeiter braucht der Kapitalist, um so teurer verkauft sich der Arbeiter.

Die unerlässliche Bedingung für eine passable Lage des Arbeiters ist also möglichst rasches Wachsen des produktiven Kapitals.

Aber was ist Wachstum des produktiven Kapitals? Wachstum der Macht der aufgehäuften Arbeit über die lebendige Arbeit. Es ist Wachstum der Herrschaft Bourgeoisie über die arbeitende Klasse. Wenn die Lohnarbeit den sie beherrschenden fremden Reichtum, die ihr feindselige Macht, das Kapital, produziert, strömen ihr Beschäftigungs-, d. h. Lebensmittel von derselben zurück, unter der Bedingung, daß sie sich von neuem zu einem Teil des Kapitals macht, zum Hebel, der von neuem dasselbe in eine beschleunigte Bewegung des Aufwachsens schleudert.

Die Interessen des Kapitalisten und die Interessen der Arbeiter sind dieselben, heißt nur: Kapital und Lohnarbeit sind zwei Seiten eines und desselben Verhältnisses. Die eine bedingt die andere, wie der Bucherer und Verschwender sich wechselseitig bedingen.

Solange der Lohnarbeiter Lohnarbeiter ist, hängt sein Los vom Kapital ab. Das ist die vielgerühmte Gemeinsamkeit des Interesses von Arbeiter und Kapitalist.

Wächst das Kapital, so wächst die Masse der Lohnarbeit, so wächst die Anzahl der Lohnarbeiter, mit einem Wort: die Herrschaft des Kapitals behütet sich über eine größere Masse von Individuen aus. Und unterdessen wird den unglücklichen Fall: Wenn das produktive Kapital wächst, wächst die Nachfrage nach Arbeit. Es steigt also der Preis der Arbeit, der Arbeitslohn.

Ein Haus mag groß oder klein sein, solange die es umgebenden Häuser ebenfalls klein sind, besiedelt es alle gesellschaftlichen Ansprüche an eine Wohnung. Erhebt sich aber neben dem kleinen Haus ein Palast, und das kleine Haus schrumpft zur Hütte zusammen. Das kleine Haus beweist nun, daß sein Inhaber keine oder nur die geringsten Ansprüche zu machen hat; und es mag im Laufe der Zivilisation in die Höhe schießen noch so sehr, wenn der benachbarte Palast in gleichem oder gar in höherem Maße in die Höhe schießt, wird der Bewohner des verhältnismäßig kleinen Hauses sich immer unbehaglicher, unzufriedener, gedrückter in seinen vier Wänden finden.

Ein merkliches Annehmen des Arbeitslohnes setzt ein rasches Wachsen des produktiven Kapitals voraus. Das rasche Wachsen des produktiven Kapitals ruft ebenso rasches Wachstum des Reichtums, des Luxus, der gesellschaftlichen Bedürfnisse und

der gesellschaftlichen Genüsse hervor. Obgleich also die Genüsse des Arbeiters gestiegen sind, ist die gesellschaftliche Befriedigung, die sie gewähren, gefallen, im Vergleich mit den vermehrten Genüssen des Kapitalisten, die dem Arbeiter unzugänglich sind, im Vergleich mit dem Entwicklungsstand der Gesellschaft überhaupt. Unsere Bedürfnisse und Genüsse entspringen aus der Gesellschaft; wir messen sie daher an der Gesellschaft; wir messen sie nicht an den Gegenständen ihrer Befriedigung.

Welches ist nun das allgemeine Gesetz, das das Fallen und Steigen des Arbeitslohnes und Profites in ihrer wechselseitigen Beziehung bestimmt? Sie stehen im umgekehrten Verhältnis. Der Anteil des Kapitals, der Profit, steigt in demselben Verhältnis, worin der Anteil der Arbeit, der Lohn fällt, und umgekehrt. Der Profit steigt in dem Maße, worin der Arbeitslohn fällt, er fällt in dem Maße, worin der Arbeitslohn steigt.

Man wird vielleicht einwenden, daß der Kapitalist gewinnen kann durch vorteilhaften Austausch seiner Produkte mit anderen Kapitalisten, durch Steigen der Nachfrage nach seiner Ware, sei es infolge der Eröffnung von neuen Märkten, sei es infolge augenblicklich vermehrter Bedürfnisse auf den alten Märkten usw.; daß der Profit sich also vermehren kann durch die Uebervorteilung dritter Kapitalisten, unabhängig vom Steigen und Fallen des Arbeitslohnes, des Tauschwertes der Arbeitskraft; oder der Profit des Kapitalisten könne auch steigen durch Verbesserung der Arbeitsinstrumente, neue Anwendung der Naturkräfte usw.

Zunächst wird man zugeben müssen, daß das Resultat dasselbe bleibt, obgleich es auf umgekehrtem Wege herbeigeführt ist. Der Profit ist zwar nicht gefallen, weil der Arbeitslohn gefallen ist, aber der Arbeitslohn ist gefallen, weil der Profit gestiegen ist. Der Kapitalist hat mit derselben Summe von fremder Arbeit eine größere Summe von Tauschwerten erkaufte, ohne deshalb die Arbeit höher bezahlt zu haben; d. h. also, die Arbeit wird niedriger bezahlt im Verhältnis zum Reinertrag, den sie dem Kapitalisten abwirft.

Zudem erinnern wir, daß trotz der Schwankungen der Warenpreise der Durchschnittspreis jeder Ware, das Verhältnis, worin sie sich gegen andere Waren austauscht, durch ihre Produktionskosten bestimmt ist. Die Uebervorteilungen innerhalb der Kapitalistenklasse gleichen sich daher notwendig aus. Die Verbesserung der Maschinerie, die neue Anwendung von Naturkräften im Dienste der Produktion befähigen in einer gegebenen Arbeitszeit, mit derselben Summe von Arbeit und Kapital eine größere Masse von Produkten, leinestwegs aber eine größere Masse von Tauschwerten zu schaffen. Wenn ich durch die Anwendung der Spinnmaschine noch einmal soviel Geispinn in einer Stunde liefern kann wie vor ihrer Erfindung, z. B. hundert Pfund statt fünfzig, so erhalte ich auf die Dauer nicht mehr Waren im Austausch zurück als früher für fünfzig, weil die Produktionskosten um die Hälfte gefallen sind, oder weil ich mit denselben das doppelte Produkt liefern kann.

Endlich, in welchem Verhältnis auch immer die Kapitalistenklasse, die Bourgeoisie, sei es eines Landes, sei es des ganzen Weltmarktes, den Reinertrag der Produktion unter sich verteilt, die Gesamtsumme dieses Reinertrages ist jedesmal nur die Summe, um welche die aufgehäuften Arbeit im großen und ganzen durch die unmittelbare Arbeit vermehrt worden ist. Diese Gesamtsumme wächst also in dem Verhältnis, worin die Arbeit das Kapital vermehrt, d. h. in dem

Verhältnis, worin der Profit gegen den Arbeitslohn steigt.

Wir sehen also, daß, selbst wenn wir innerhalb des Verhältnisses von Kapital und Lohnarbeit stehen bleiben, die Interessen des Kapitals und die Interessen der Lohnarbeit sich schnurstracks gegenüberliegen.

Eine rasche Zunahme des Kapitals ist gleich einer raschen Zunahme des Profites. Der Profit kann nur rasch zunehmen, wenn der Preis der Arbeit, wenn der relative Arbeitslohn eben so rasch abnimmt. Der relative Arbeitslohn kann fallen, obgleich der reelle Arbeitslohn gleichzeitig mit dem nominellen Arbeitslohn, mit dem Geldwert der Arbeit steigt, aber nur nicht in demselben Verhältnis steigt wie der Profit. Steigt z. B. in guten Geschäftszeiten der Arbeitslohn um 5 Prozent, der Profit dagegen um 30 Prozent, so hat der verhältnismäßige, der relative Arbeitslohn nicht zugenommen, sondern abgenommen.

Vermehrt sich also die Einnahme des Arbeiters mit dem raschen Wachstum des Kapitals, so vermehrt sich gleichzeitig die gesellschaftliche Klust, die den Arbeiter vom Kapitalisten scheidet, so vermehrt sich gleichzeitig die Macht des Kapitals über die Arbeit, die Abhängigkeit der Arbeit vom Kapital.

### Der Volksbund

#### für Freiheit und Vaterland

veranstaltete am letzten Sonntag und Montag zwei Kundgebungen, die sehr von einander abwichen. Die erste fand am Sonntag statt im Bankettsaal des "Rheingold" in der Potsdamer Straße. Als Vortragender trat Professor Dr. Goeß aus Leipzig auf, der über "Staat und Macht" redete. Hierher hatte man ein besonderes Publikum eingeladen. Der Eintritt kostete eine blanko Mark, um Herrn Goeß zu hören.

Anders am Montag. An diesem Tage war eine Versammlung nach den Germaniaalen einberufen mit der Tagesordnung: Landtag und Wahlreform. Hier im Norden der Stadt rechnete man auf anderes Publikum als im "Rheingold", hier war der Eintritt frei. Man konnte hier das Thema in der verschiedensten Art variieren hören. Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Blankenburg, Herr Hartmann von den Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen, Herr Generalsekretär Renner in edler Solidarität mit dem regierungsozialistischen Landtagsabgeordneten Hirsch waren als Redner angekündigt. Herr Hirsch kam zuletzt und mußte der vorgeschriebenen Zeit wegen sich mit wenigen Minuten begnügen. Welch traurige Rolle er da spielte! Und was für eine gemischte Gesellschaft ist dieser Volksbund für Freiheit und Vaterland, der nach Rang und Klassen stuft, hier Eintritt erhebt, um den Plebs fernzuhalten und dort wieder den großen Häusern sucht. Das Schlimme ist, daß sich noch Leute finden, die als Arbeitervertreter die Gewerkschaften dem Volksbunde als Mitglieder verschreiben und sich und anderen einzureden versuchen, daß sei ein Faktor im öffentlichen Leben, mit dem gerechnet werden müsse. Als ob die Arbeiter selber nicht viel härter wären, wenn sie macht- und kraftvoll ihre proletarischen Interessen in die Waagschale wärfen!

Redaktionschluss: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: C. Reid; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin D. 27, Schilderstraße 5. Druck: Maurer & Dimml, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.